

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Griechenland: Memorandumpolitik gescheitert – S. 4*
- *Friedensverhandlungen und bevorstehende Parlamentswahl in der Türkei – S. 6*
- *Hamburger Gängeviertel: Es geht ums Ganze! – S. 12*
- *IG Metall: Mehr für alle – S. 20*
- *Zum Thema „Dritter Sektor“ – S. 21*

Ausgabe Nr. 3 am 19. März 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Aufruf zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2015

www.interkultureller-rat.de Noch nie gab es in Deutschland so viele und so große Demonstrationen für kulturelle Vielfalt und gegen den Hass und die Diskriminierung von Minderheiten. Breite Bündnisse stellen sich entschieden gegen rassistische Argumente und Versammlungen. Bundesweit gibt es eine große Solidarität und vielfältige Initiativen für die Aufnahme und für würdige Lebensbedingungen für Menschen auf der Flucht. Gleichzeitig gibt es wieder mehr Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen. Populisten, Rechtsextremisten und rassistische Demonstrationen schüren Ängste und Hass gegen Flüchtlinge, Muslime, Roma, Juden und andere Minderheiten. Diese menschenfeindliche Stimmungsmache ist keine Randerscheinung und kommt auch aus der Mitte der Gesellschaft. Weltweit wurde der 21. März zum Internationalen Tag gegen Rassismus ausgerufen. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse hat dieser Tag für Deutschland in diesem Jahr eine besondere Bedeutung. Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus und der Interkulturelle Rat in Deutschland befürworten daher zum UN-Tag gegen Rassismus am 21. März 2015 Veranstaltungen und Demonstrationen.

Hamburg: „Linke Opposition für soziale Gerechtigkeit“

www.linksfraktion-hamburg.de maf. Die Hamburger Linke hat den Weg des Generationswechsels nicht ohne Stolpern beschritten. Die bisherige Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin im Wahlkampf, Dora Heyenn, kandidierte erneut für den Fraktionsvorsitz, verfehlte die Mehrheit und entschloss sich, die Mitgliedschaft in der Fraktion aufzugeben, Mitglied der Linken zu bleiben und das Mandat als fraktionslose Abgeordnete wahrzunehmen. Die Fraktion entschied sich für eine Doppelspitze aus Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir. Für das Präsidium der Hamburger Bürgerschaft nominierte die Fraktion Christiane Schneider, die bei der konstituierenden Versammlung der Bürgerschaft die nötige Mehrheit erzielte. Ebenfalls mit der Mehrheit des Hauses wurde Christiane Schneider in die Parlamentarische Kontrollkommission, vor der sich die Geheimdienste des Landes rechtfertigen müssen, gewählt. Am letzten Wochenende trafen sich die Abgeordneten der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft gemeinsam mit den Landes-sprecherInnen des Hamburger Landesverbandes. Die Fraktion wird, so heißt es in einer Presseerklärung, die Monate bis zur Sommerpause mit den

politischen Schwerpunkten soziale Stadtteilentwicklung, Wohnungs- und Flüchtlingspolitik bestreiten. Cansu Özdemir: „Die Bürgerschaftswahl hat gezeigt, dass Hamburg eine sozial gesplante Stadt ist, was sich in vielen Stadtteilen auch in einer niedrigen Wahlbeteiligung niederschlägt. Die Menschen haben resigniert. Wir setzen einen Schwerpunkt gegen Resignation, für soziale Stadtteilentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe.“ Sabine Boeddinghaus: „Die Linke wird in den nächsten Monaten mit vielen Akteurinnen und Akteuren zusammen ein Konzept erarbeiten, das den sozialen Zusammenhalt stärken und den Neuankömmlingen ermöglichen soll, sich so schnell wie möglich ein selbständiges Leben in dieser Gesellschaft zu erarbeiten.“

Satzungsänderung bei den Sudetendeutschen

<http://www.sudeten.de/cms.maf> Am 28. Februar 2015 hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) das Ziel der „Wiedergewinnung der Heimat“ und der „Restitution oder gleichwertigen Entschädigung“ aus ihrer Satzung gestrichen. In einer zugleich beschlossenen Grundsatzerklärung bekennt sich die Landsmannschaft zudem zur Mitverantwortung „für die Verfolgung und Ermordung von Sudetendeutschen und Tschechen, die dem nationalsozialistischen Regime missliebige waren, sowie für den Holocaust an den Juden in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien“. Obwohl die Beschlüsse mit großer Mehrheit gefasst wurden, regt sich innerverbandliche Opposition, es ist vom Verrat an der Heimat die Rede. Die Opposition wird vom Witiko-Bund getragen, eine Gesinnungsgemeinschaft innerhalb der Landesmannschaft, in der großdeutsche Ideen fortleben. Die Kursänderung wurde vom Sprecher der Landsmannschaft, Bernd Posselt, vorbereitet. Posselt saß seit 1994 für die CSU im Europaparlament und verfehlte 2014 auf Platz 6 der CSU-Liste die Wiederwahl knapp. Er ist auch der Bundesvorstand der Paneuropa-Union. Er hat nach eigenen Angaben (www.bernd-posselt.de) „als Paneuropäer nicht nur die Jugendarbeit dieser ältesten europäischen Einigungsbewegung maßgeblich geprägt, sondern in den achtziger Jahren ihre Bürgerrechts- und Untergrundgruppen in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang betreut und koordiniert.“ Die Satzungsänderung hat weitreichende Folgen. Erstens: Sie nimmt von der Bayerischen Staatsregierung die politische Bürde, die tschechischen Nachbarn unaufhörlich mit bizarren Forderungen zu konfrontieren. Bayern braucht zur Entwicklung seiner ländlichen Räume von Oberfranken über die

„Memorandumpolitik“ gescheitert

Am 13.3. teilte das griechische Statistikkamt mit, die griechische Wirtschaft sei im Jahre 2014 leicht real um 0,8% gewachsen, im letzten Quartal 2014 aber um 0,4% gegenüber dem 3. Quartal geschrumpft. Die addierten Steuereinnahmen vom Januar und Februar 2015 blieben nach Mitteilung des griechischen Finanzministeriums mit 7,3 Mrd. deutlich unter den geplanten Steuereinnahmen von 8,47 Mrd. Euro für diesen Zeitraum. Gleichzeitig heben griechische Bürger Geld von ihren Konten ab. Die Abhebungen und Überweisungen ins Ausland erhöhen die zusätzlich durch Griechenland in Anspruch genommenen und wachsenden Kredite im Rahmen des europäischen Zahlungssystems. (Neben über 320 Mrd. Euro Schulden belaufen sich die zusätzlichen Kreditschulden aus dem kurzfristigen Zahlungsverkehr auf nochmals rd. 100 Mrd. Euro.) Stournaras, der Chef der griechischen Zentralbank, warnt: „Die Verunsicherung ist heute die größte Gefahr.“ (FAZ v. 16.3.2015). Beim Treffen von Alexis Tsipras mit EU-Kommissionschef Juncker, ebenfalls am Freitag, den 13.3., sagte Juncker Griechenland Hilfe bei der Nutzung von europäischen Fördermitteln z.B. zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu. Das alles aber ändert nichts an den täglich sich wechselseitig verschärfenden vier großen Hauptproblemen, denen sich die griechische Bevölkerung und ihre Regierung gegenüber sehen:

- Der Zerstörung jeglicher Ansätze von Sozialstaat und sozialer Sicherung in Griechenland durch die mit den Vorgängerregierungen vereinbarte Austeritäts- und „Spar“politik. Über eine Million Arbeitsplätze wurden seit 2007 vernichtet, das Gesundheitswesen zerstört, die Arbeitslosigkeit hat sich mehr als verdreifacht und liegt bei über 26%, die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50%.
- Einer stagnierenden und schrumpfenden Wirtschaft. Die Wirtschaftsleistung (BIP) ist sieben Jahre hintereinander gesunken und beträgt heute nur mehr 75% des Potentials von 2007.
- Staatsschulden von über 320 Mrd. Euro bei IWF, Eurorettungsfonds (EFSF), EU-Ländern und Privaten (insbesondere griechischen und europäischen Banken).
- Aller Voraussicht nach einem akuten Liquiditätsengpass entweder noch im März, spätestens im April und zum Sommer diesen Jahres.

Akute Liquiditätsprobleme, drohende Staatsinsolvenz?

Griechenland hatte für 2015 mit ei-

nem Primärüberschuss (Jahreshaushaltsüberschuss der Einnahmen über die Ausgaben ohne Zinszahlungen) von 1,5% gerechnet, aber nur 0,3% auf Grund der fehlenden Steuereinnahmen erreicht. (Deutschlandfunk, 17.3.2015) Die Euro-Finanzminister aber haben sich auf die Linie geeinigt: „Kredite nur gegen erfolgreiche Reformen“. Damit soll Griechenland also auch trotz des erreichten Kompromisses zur Verlängerung des laufenden Kreditprogramms vom Ende Februar die ausstehenden 7,2 Mrd. Euro aus dem laufenden Programm nur bei „erfolgreichem Abschluss“ der Reformen erhalten.

Der griechische Staat braucht Liquidität nicht nur, um die laufenden Staatsausgaben zu finanzieren, sondern auch, um fällig werdende Schulden zurück zu zahlen. Cirka 6,85 Mrd. Euro werden im März fällig. Weniger kritisch sind dabei rund 4,4 Mrd. auslaufende Staatsanleihen bei inländischen Banken, bei denen Verlängerungen erreicht werden können. Kritischer dagegen sind die Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) und an die Europäische Zentralbank (EZB). Erste Raten an den IWF von 297, 335 und 559 Mio. Euro an den IWF konnten bis Mitte März zurückgezahlt werden.

Wie kritisch die Zahlungssituation ist wird daraus ersichtlich, dass nach Informationen der dpa und der „Süddeutschen Zeitung“ Rentenkassen und andere öffentliche Institutionen aufgerufen wurden, ihre nicht akut benötigten Geldanlagen beim Staat bzw. der griechischen Zentralbank zu deponieren. Darüber hinaus versucht Griechenland, sich über Papiere am Finanzmarkt Geld zu leihen. Das wäre aber von der Zustimmung der EZB anhängig, die nach derzeitigem Stand nicht vorliegt.

In der Situation einer nicht von der Hand zu weisenden Gefahr einer Staatsinsolvenz Griechenlands durch Illiquidität, steigt die Nervosität bei allen Beteiligten, weil die Tragweite der Entscheidung über scheinbar geringe Beträge – Kredit haben und/oder geben, zahlungsfähig/-unfähig – ja/nein – ständig wächst. Kommunikations- und Verständnisfehler können schnell zu dramatischen Fehlentscheidungen und Kettenreaktionen von Fehlentscheidungen führen. Das dürfte ein Grund für die teilweise schon abstruse Personalisierung der Probleme und Konflikte in den letzten Wochen sein (Varoufakis/Tsipras – Schäuble/Merkel, bzw. Varoufakis/Schäuble – Merkel/Tsipras usw.), zusätzlich noch absichtsvoll inszeniert von Presse und Fernsehen und untermalt von „Selfie“-

Hetzkampagnen der Bildzeitung. Denn: Einflussnahme auf die öffentliche Meinung über Entscheidungsträger/innen scheint Einfluss auf die Sache zu eröffnen. Insofern ist von Bedeutung, dass Angela Merkel Alexis Tsipras am 16.3. telefonisch direkt für den 23.3. zu einem Besuch nach Berlin eingeladen hat. (Über die Ergebnisse werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.)

Jetzt Lösungen für die wichtigen UND dringenden Fragen suchen

Die Partei die Linke in Deutschland wie die Fraktion der Europäischen Linken im Europaparlament wie auch viele Gewerkschaftsmitglieder sind mit Syriza und der griechischen Bevölkerung solidarisch in der Ablehnung nicht hinzunehmender, menschenverachtender Finanzpolitik. Sowohl innerhalb der Linken, wie innerhalb von Syriza, wie in der interessierten Öffentlichkeit werden und wurden auch wichtige Themen aufgeworfen, die sicher weiter zu behandeln sind, aber in der akuten Krisensituation nicht weiter helfen. Um vier dieser Themen zu nennen:

Austritts Griechenlands aus dem Euro – wie auch immer konkret durchgeführt? Diese Position gibt es sowohl in der Variante von rechts wie von links. Gegen beide lässt sich das Gleiche einwenden: Es ist aus EU-Sicht ein reines Abschieben der Verantwortung, die nun mal von der EU mit dem Beitritt Griechenlands übernommen wurde. Kein einziges reales Problem wird damit gelöst: die Schulden bleiben, die Produktivität der Wirtschaft steigt nicht, der Aufbau einer öffentlichen Verwaltung wird damit nicht erreicht. Ob und wie ein solcher „Austritt“ technisch überhaupt möglich ist, darf bezweifelt werden. Es würde de facto eine Doppelwährung bestehen (Euro und Drachme), begonnen mit massiver Kapitalflucht noch zu Euro-Zeiten, verbunden mit immer weiterer sozialer Spaltung. (Eurobesitz/kein Eurobesitz). Die griechische Exportstruktur bleibt wie sie ist, die Exporte werden nur niedriger bewertet. Und: drei Viertel der griechischen Bevölkerung wollen laut Umfragen keinen Austritt.

Reparationszahlungen und Rückzahlung des Griechenlands aufgezwungenen Kredits an Nazi-Deutschland? Ja, das Thema muss unbedingt weiter verfolgt werden, und es muss Teil einer letztendlichen Schuldenlösung mit Griechenland sein. Aber das Thema wird weder die akute Liquiditätskrise, noch die humanitäre Krise, noch die Fragen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung lösen. Das hat u.a. auch Yanis Varoufakis deutlich klar gestellt.

(ARD, Jauch, So. 15.3.2015).

Nur eine Anhebung der Lohnstückkosten in Deutschland kann das wirtschaftliche Ungleichgewicht in Europa beheben? In Ihrem Buch „Nur Deutschland kann den Euro retten“ fordern Heiner Flassbeck und Costas Laspavitis, dass nur eine Anhebung der deutschen Lohnstückkosten durch drastische Lohnsteigerungen die bestehenden Ungleichgewichte in Europa beheben und die Konkurrenzfähigkeit der südeuropäischen Ländern wieder herstellen kann. Wenn das nicht gelingt, dann muss Griechenland doch vorübergehend aus dem Euro aussteigen und zur Drachme zurückkehren, um seine Währungsaustauschverhältnisse mit der EU zu korrigieren. Nicht nur Oskar Lafontaine ist ein Anhänger der Thesen von Flassbeck. Insofern spielt diese Position auch in Teilen der Linken eine Rolle unter dem von links kommenden Motto: „Der Schlüssel liegt bei den deutschen Lohnstückkosten“. Aber, ohne hier näher auf das teilweise Richtige, das weniger Richtige und das Falsche an dieser Position einzugehen: So oder so, diese mehr langfristig angelegten Betrachtungen sind keine Lösung für die aktuellen Probleme zwischen Griechenland und der EU, und sie greifen schon seit 2012 nicht, als sie von Flassbeck und Lafontaine in die Diskussion gebracht wurden.

Schuldenschnitt als wichtigste akute, kurzfristige Lösungsaufgabe? Niemand erwartet, dass Griechenland seine heutigen Schulden im bestehenden Umfang wird zurückzahlen können. Aber in einer zugespitzten Gläubiger-/Schuldner-Situation ist zunächst das Entscheidende für beide Seiten nicht so sehr die Frage, ob ein Teil der Schulden gestrichen wird, um einen anderen Teil zurück zu zahlen. (Buchhalterisch: die Änderung der Bestandsgrößen). Für die Gläubiger stellt sich, wenn, dann die Frage, ob sie überhaupt je etwas von ihrem Geld wieder sehen. Es kommt für Schuldner und Gläubiger zu allererst auf den realen „Turnaround“, die Trendwende in der wirtschaftlichen Entwicklung an. (Die laufenden „Erfolgsgrößen“). Wenn sich das abzeichnet, wird auch ein Schuldenschnitt zur Bereinigung der aufgelaufenen Schuldenlast gehören. (Dazu kommt, dass es einen Schuldenschnitt mit Geschäftsbanken gegeben hat, der Zins derzeit ein politischer Zins von rd. 2,4% ist (der Kapitalmarktzins für Griechenland läge weit höher), und die Rückzahlung der Kredite bis 2030 gestreckt wurde.)

Beendigung der „Memorandumpolitik“!

Finanzminister Schäuble wirft der Syriza-Regierung vor, sie habe „alles Vertrauen zerstört.“ (Handelsblatt 16.3.2015). Die einfache Tatsache aber ist doch, dass die fälschlicherweise „Sparpolitik“ genannte Austeritäts-

politik unter Führung Deutschlands und der Eurogruppe, kontrolliert und verwaltungstechnisch exekutiert von „Troika-Vertretern“ („Troika“= Europäische Zentralbank (EZB), Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäischer Kommission) jegliche Ansätze von Sozialstaat und sozialer Mindestsicherung und damit jegliches Vertrauen in Gesellschaft und Staat in Griechenland und in die EU zerstört hat. Schon eher mit dem Mut der Verzweiflung und mit unterschiedlichen Öffentlichkeitsmaßnahmen und Kommunikationsversuchen dringt die griechische Regierung darauf, diese „Memorandumpolitik“ zu beenden. In hunderten von Seiten minutiös beschrieben hat die Eurogruppe und die „Troika“ unter Führung Deutschlands seit 2010, zuletzt mit der Samaras-Regierung 2012, jeweils ein sog. „Memorandum of Understanding“ („MoU“, eine Absichtserklärung unter Vertragspartnern) vereinbart. Diese Memoranden werden dann zum Teil der Kreditvereinbarung. Auf ihre Einhaltung drängt Deutschland, wenn es auf die Durchführung der „Reformen“ und der „Sparpolitik“ besteht. Um nur einen kleinen Ausschnitt aus dem sogenannten vierten und fünften „Sparpaket“ von 2012 mit der Regierung Samaras zu nennen: Absenkung des Mindestlohns auf 586 Euro, Absenkung des Mindestlohns für unter 25-Jährige auf 525 Euro, Kürzung der Gehälter bestimmter Berufsgruppen im öffentlichen Dienst rückwirkend zum 1. Januar 2012 um 20 Prozent, Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 322 Euro, Kürzung der Renten um 10 bis 15 Prozent, Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Medikamenten, Kürzung der Medikamentenkosten staatlicher Kliniken, Einsparungen bei Überstunden der Ärzte, Kürzung der Zuschüsse für Städte und Gemeinden, sofortige Entlassung von 15.000 Staatsangestellten, bis 2015 150.000 Privatisierung von Staatsbetrieben, Schließung von 200 kleinen, ineffizienten Steuerämtern und Einstellung 1000 neuer Steuerkontrolleure, Renten von 1.000 Euro aufwärts werden um 5 bis 15 % gesenkt, Weihnachtsgeld für Rentner wird abgeschafft, das Rentenalter wird für alle von 65 Jahre auf 67 Jahre angehoben, Abfindungen für entlassene Arbeitnehmer werden gesenkt, Streichung von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld für Staatsbedienstete, Kürzung der Löhne und Gehälter um 6 bis 20 % für Staatsbedienstete, bis Ende 2012 sollen 2.000 Staatsbedienstete in die Frühpensionierung, höhere Eigenbeiträge beim Kauf von Medikamenten, Krankenhausreform – und das ist nur ein kleiner Ausschnitt. *)

Und jetzt soll die Syriza-Regierung dieses Programm umsetzen, nachdem sie gewählt wurde, um es zu beenden? Das ist absurd. Die Politik, die hier

betrieben wird, ist das, was im Vorstands- und Insolvenzverwalterslang die Politik der „cutting corners“ genannt wird. Rundum alle Ausgaben und Kosten „abschneiden“, egal, um was es sich handelt. „Ganz einfach“, eben mehr „sparen“. Diese Politik ist nicht nur menschenverachtend und menschenrechtswidrig. Sie ist außerdem im Falle Griechenlands in jeder Hinsicht wirtschaftlich und politisch gescheitert. Die Menschen verarmen, die Wirtschaft liegt danieder, die Schulden steigen, der Aufbau der öffentlichen Verwaltung und der Infrastruktur kommt nicht voran.

Die Linke hat begonnen, dieses Scheitern durch Anfragen an die Bundesregierung zumindest transparent zu machen. Denn wahr ist, Deutschland und die Euro-Gruppe haben dermaßen tief in die Organisation, den Aufbau und Umbau von Staat und Gesellschaft eines anderen EU-Landes eingegriffen, dass sie sich jetzt nicht aus der Verantwortung für die Folgen stehlen können. Völlig inakzeptabel ist deshalb, wenn Schäuble jetzt, statt den Fehler der Memorandumpolitik einzugestehen und die Politik zu ändern, mit der Idee eines durch Griechenland verursachten „Grexits“ spielt.

Natürlich enthält die Politik der Memoranden auch sinnvolle Absichten z.B. zum Aufbau der Infrastruktur oder für den bisher kaum erreichten Aufbau von Verwaltungsstrukturen und einer Steuerverwaltung. Deshalb vertritt die Syriza-Regierung auch, dass etwa 70% der beabsichtigten Reformmaßnahmen durchaus auch von griechischer Seite unterstützt werden können.

In den Verhandlungen um die Verlängerung des bestehenden „Hilfspaketes“ hat die griechische Regierung immerhin erreicht, dass sie selbst eine Liste der Vorschläge für Reformen vorschlagen kann. (Die dann allerdings erst noch von der Eurogruppe und den Institutionen abgesegnet werden muss.) Dabei konzentriert sich die griechische Regierung zunächst vor allem auf die Steuerverwaltung und die Bekämpfung der Korruption.

Vor allem braucht die griechische Regierung jetzt erst einmal Zeit, um im eigenen Land und mit der EU einen Konsens über den Weg humanitärer Hilfe und der weiteren tatsächlichen sozialen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Reformpolitik zu finden. Die EU, die Eurogruppe und die Bundesregierung sind in der Pflicht, dazu gemeinsam mit Griechenland akzeptable finanztechnische Rahmenbedingungen für die nächsten Monate zu finden. *Christoph Cornides*

* Einen Überblick gibt: http://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise, die Memoranden finden sich als Bundestagsdrucksache z.B.: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708731.pdf>

Friedensverhandlungen und bevorstehende Parlamentswahlen in der Türkei

Vor den Wahlen zum türkischen Parlament am 7. Juni 2015 sind die Friedensverhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Bewegung in der Türkei nach 31 Jahren militärischer Auseinandersetzungen in Bewegung geraten. Die kurdische Bewegung verhandelt über den auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, die Parlamentsabgeordneten der kurdischen Partei HDP sowie die Repräsentanten der kurdischen Guerilla-PKK in den irakischen Kandil-Bergen. Die türkische Regierung führte Gespräche mit Öcalan, Regierungsvertreter und Parlamentsabgeordnete der HDP (vormals BDP) trafen sich und vermittelt über die KDP im Nordirak wurde mit der PKK verhandelt.

und türkische Regierung verständigt haben. Im Aufruf Öcalans heißt es weiter: „Auf dem Weg von 30-Jahren militärischer Auseinandersetzungen zu einem dauerhaften Frieden, handelt es sich bei der demokratischen Lösung um unser Hauptziel. Bei der Übereinkunft der Grundprinzipien, rufe ich die PKK zu einem außerordentlichen Kongress im Frühjahr auf, um ... für ein Ende des bewaffneten Kampfes eine strategische und historische Entscheidung zu treffen. Bei diesem Aufruf handelt es sich um eine Absichtserklärung, damit die demokratische Politik den Platz des bewaffneten Kampfes einnimmt.“ Ende 2012 waren die Gespräche aufgenommen worden, zu Newroz 2013 hatte Öcalan zum Rückzug der Guerilla aus der Türkei aufgerufen. Seitens

tin Dermitas und der Co-Vorsitzende der PKK Cemil Bayik erklärten nun, dass der Parteitag stattfinden werde, wenn eine Einigung über die zehn Punkte erzielt worden sei. Die PKK warnte, dass die türkische Regierung im Friedensprozess bereits mehrfach Gelegenheiten verstreichen ließ. Eine beiderseitige Übereinkunft sei die Voraussetzung für eine Einstellung des bewaffneten Kampfes.

Auf Forderung der PKK wurde die Verabschiedung der neuen verschärften Sicherheitsgesetze im türkischen Parlament gestoppt. Die Regierung habe, so die stellvertretende HDP-Fraktionsvorsitzende Pervin Buldan, die Überarbeitung selbst schon verabschiedeter Punkte zugesichert und die Inkraftsetzung gestoppt.

Die AKP-Regierung und Präsident Erdogan sahen sich zu diesen Schritten genötigt. Sie stehen im Dilemma, dass erstmals wieder eine starke Opposition im neugewählten türkischen Parlament möglich erscheint. Erstmals tritt die HDP als Partei zu diesen Wahlen an, bisher hatten ihre Abgeordneten den Sprung ins Parlament als Einzelkandidaten geschafft. Der HDP (Demokratische Partei der Völker), ein Zusammenschluss der kurdischen BDP und mehrerer türkischer Linksparteien, wird in Wahlumfragen der Sprung über die Zehn-Prozent-Hürde zugetraut. In den Umfragen schwankt die HDP landesweit zwischen 9,4 und 11 Prozent, in den kurdischen Provinzen wird die absolute Mehrheit erwartet. Die AKP fürchtet nach den Ergebnissen der Kommunal- und der Präsidentschaftswahl im letzten Jahr um ihre Prozentanteile aus den kurdischen Provinzen. Bisher haben sich 36 direkt gewählte Einzelkandidaten zur Fraktion der HDP (vormals BDP) zusammengeschlossen – 32 wurden in den kurdischen Provinzen, drei in Istanbul und einer Adana gewählt. Wird



Erstmals traten Anfang März der HDP-Abgeordnete Sirri Önder und der stellvertretende türkische Ministerpräsident Yalcin Akdogan gemeinsam vor die Presse (siehe Bild). Önder verlas eine Erklärung von Abdullah Öcalan. Darin wurden zehn Verhandlungspunkte benannt, auf die sich Öcalan

der AKP waren aber keine weiteren Schritte unternommen worden. Jetzt sollen aber aus den Friedensgesprächen Verhandlungen werden.

Zuvor hatte sich eine HDP-Delegation im Februar mit dem Exekutivrat der PKK über Öcalans Vorschlag beraten. Der Co-Vorsitzende der HDP Selahat-

Die zehn Verhandlungspunkte

1. Die Bedeutung und der Inhalt demokratischer Politik;
2. Definition der nationalen und lokalen Dimensionen der demokratischen Lösung;
3. Die rechtlichen und demokratischen Garantien/Sicherheiten der freien Staatsbürgerschaft;
4. Die Beziehungen der demokratischen Politik zum Staat und zu der Gesellschaft und die Institutionalisierung dieser Beziehungen und dessen

Unterpunkte;

5. Die sozio-ökonomischen Dimensionen des Lösungsprozesses;
6. Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und der Freiheiten in der Beziehung zwischen Sicherheit und Demokratie während des Prozesses;
7. Rechtliche Garantien zur Lösung der Frauenfrage sowie kulturellen und ökologischen Fragen;
8. In Bezug auf Identität, als Begriff, Definition und Assoziation, die Ent-

wicklung eines pluralistischen Demokratieverständnisses;

9. Die Neudefinition der Demokratischen Republik, des gemeinsamen Heimatlandes und der Nation nach demokratischen Maßstäben. Die rechtliche und verfassungsrechtliche Garantie dessen innerhalb eines pluralistischen demokratischen Systems.
10. Eine neue Verfassung, welche diese demokratischen Transformationen einbezieht und umsetzt.

Quelle: Civaka Azad

die Zehn-Prozent-Hürde überwunden, steigt die Zahl der Abgeordneten der HDP-Fraktion um 20 bis 30. Auch aus dem Westen der Türkei würden mehr Abgeordnete der HDP ins Parlament einziehen. Mit dem Auftritt der HDP als Partei in der gesamten Türkei soll den unterschiedlichsten Oppositionskräften eine neue Perspektive geboten werden.

Ohne jetzt in die Verhandlungen einzusteigen, müsste die AKP befürchten, dass ihr Wahlergebnis angesichts der internationalen Anerkennung der PKK durch den erfolgreichen Kampf gegen die IS in Sengal und Kobane und der für die Kurden in der Türkei symbolhaft werdende Aufbau kurdischer Autonomiestrukturen im syrischen Royava und im Nordirak noch stärker geschwächt wird.

Sollte die HDP bei den Wahlen nicht in das Parlament einziehen, würde die kurdische Bewegung ihre Stimme im Parlament verlieren. Fast alle Mandate der kurdischen Provinzen würden an die AKP fallen. Erdogan hätte dann die Zweidrittelmehrheit, die für Verfassungsänderungen für ein Präsidialsystem reicht. Die kurdischen Organisationen haben angekündigt, dass sie dann die nichtstaatlichen Lösungsansätze für die kurdische Frage vorantreiben. Gestützt auf die kurdischen Bürgermeister und Kommunalparlamente läge das Schwergewicht beim weiteren Aufbau der demokratischen Autonomie. Die politische Auseinandersetzung würde sich für die nächsten Jahre auf die Straße verlagern.

In diesen Wahlen geht es um viel. Einerseits um das Vorantreiben der Friedensverhandlungen. Andererseits um eine Verschiebung der Mehrheitsgewichte, damit die Türkei unter der AKP und Erdogan sich nicht immer weiter zu einer autokratischen Diktatur entwickelt. Die HDP kämpft in den Wahlen um die Demokratisierung der Türkei, eine entscheidende Voraussetzung für die Beendigung des bewaffneten Kampfes der PKK und die Lösung der kurdischen Frage. Eine Verfassungsänderung soll die Neufassung des Staatsbürgerschaftsbegriffs ohne ethnische Unterschiede, ein Umbau der



Newroz 2014 in Van

Aus dem Verfassungsentwurf der BDP 2013

Einleitung

„Wir, das Volk der Türkei, tragen in uns den Glauben, dass alle Individuen und Völker universelle Menschenrechte und Freiheiten besitzen. Wir erkennen an, dass alle, gleichgültig welcher ethnischen Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung etc., ohne Unterschied gleichberechtigt sind. Wir verstehen unsere Unterschiede als Segmente unserer gesellschaftlichen Gesamtheit. Die Aufsicht über das Recht und den Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen betrachten wir als Grundaufgabe des Staates. Als ewig das Friedensideal aufrecht haltende Individuen und Gemeinschaften lehnen wir, außer im Falle der Selbstverteidigung, den Krieg sowie den Gebrauch von Gewalt gegen die Freiheiten anderer Völker ab. Unsere Vision ist der Aufbau einer demokratischen Ordnung, die die Würde des Menschen, die Unabhängigkeit der Justiz zum Ziel hat, in einer Gemeinschaft mit Menschen, die freiheitlich, gleichberechtigt, sich und die Umwelt schützend, mit der Natur im Einklang steht. Mit dieser Verfassung beurkunden und bekräftigen wir unsere Verbundenheit mit diesen Werten und unseren Willen zum gemeinsamen Leben.“

Beschaffenheit des Staates der Türkischen Republik

Artikel 1

(1) Die Republik Türkei ist ein auf Menschenrechten basierender, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.

(2) Der Staat erkennt den Pluralismus von Ideologien, Religionen, Konfessionen und Lebensweisen an und ist neutral zum Pluralismus der Gesellschaft. Keine Ideologie, Religion,

Konfession und Lebensweise darf vom Staat bevorzugt oder bevormundet werden.

(3) Die Administration des Staats wird auf den Grundlagen der dezentralen Ordnung organisiert. Das Staatsterritorium ist unantastbar.

[...]

Offizielle Sprache des Staates

Artikel 3

(1) Die offizielle Sprache des Staates ist türkisch. (...) Andere gesprochene Muttersprachen des Volkes der Türkei können nach Entscheidung der regionalen Parlamente als offizielle, zweite Sprache gesprochen werden.

(2) Jede und jeder haben das Recht privat und in öffentlichen Institutionen neben der offiziellen Sprache die eigene Muttersprache zu sprechen.

(3) Der Staat ist dazu verpflichtet, alle Sprachen, die das gemeinsame kulturelle Erbe darstellen, zu respektieren, die Sprachen zu schützen und das Benutzen und die Weiterentwicklung der Sprachen zu gewährleisten.

Hauptziel und Aufgaben des Staates

Artikel 4

(1) Das Hauptziel und die Aufgaben des Staates sind der Schutz der Würde des Menschen, die Abschaffung aller Hindernisse, die dem Ausleben der Rechte und Freiheiten der Menschen im Wege stehen, die Schaffung notwendiger Voraussetzungen, um den Menschen die Bildung von materiellen und immateriellen Besitztümern zu ermöglichen.

(2) Der Staat ist dazu verpflichtet, den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen des Volkes zu gewährleisten, und den durch politische und kulturelle Unterschiede bedingten pluralistischen Aufbau anzuerkennen und zu unterstützen.

[...]

Quelle: Civaka Azad

Sicherheitskräfte, ausgeweitete Freiheitsrechte für die Bürger sowie regionale und kulturelle Selbstbestimmung enthalten.

In 90 Provinzen wird die HDP Newroz-Veranstaltungen durchführen. Das Thema wird der Aufruf Öcalans sein. Für die Hauptkundgebung am 21. März in Diyarbakir hat die HDP den irakischen KDP-Vorsitzenden Barzani eingeladen. Dieser hatte als Präsident der kurdischen autonomen Region im Irak in Gesprächen mit der HDP und der türkischen Regierung den Friedensprozess unterstützt.

Die EU-Außenbeauftragte Mogherini begrüßte Öcalans Aufruf als „positiven Schritt nach vorne im Friedensprozess“. Sie versprach dazu die Unterstützung der EU. Leider konnte das nicht bei der Bundesregierung festgestellt werden, die eine Aufhebung

des PKK-Verbots gerade erst im Bundestag ablehnte.

Eine Woche später wurde die Aufhebung der Immunität der Bundestagsabgeordneten der Linken Nicole Gohlke mit den Stimmen der Regierungsfaktionen im Bundestag beschlossen, damit gegen Gohlke wegen Zeigens einer PKK-Fahne ein Strafverfahren eröffnet werden kann. Ende Februar hatten kurdische Delegationen über zehn Millionen Unterschriften für die Aufhebung des PKK-Verbots in Straßburg dem Europäischen Parlament überreicht. Für Tausende deutsche Staatsbürger wäre ein solcher Schritt eine Normalisierung ihres Lebens in der Bundesrepublik anstatt ständiger Bedrohung durch das Strafrecht.

Rudolf Bürgel

Quellen: Civaka-Azad.org, basnews.com, Der Standard 13.3., Tagesspiegel 1.3., Die Welt 1.3.

Benetton: Entschädigung der Rana Plaza-Opfer

Der italienische Modekonzern Benetton ist der letzte große Markenhersteller, der in dieser Fabrik Kleider fertigen ließ und sich nun endlich für die Bereitstellung von Mitteln für den Entschädigungsfonds engagiert. Diese Entscheidung des Unternehmens ist das Ergebnis einer langen Kampagne von Global Unions, NGO und Gruppen in allen Teilen der Welt. UNI Global Union und IndustriALL – die zwei Globalen Gewerkschaften, die für die Opfer des Rana Plaza Kampagne führen – begrüßten die Entscheidung. UNI-Generalsekretär Philip Jennings erklärte: „Der Benetton-Konzern verspricht nun, endlich auch seinen Teil der Verantwortung für die Opfer der Rana Plaza-Tragödie zu tragen. Von dieser Firma, die einen Gewinn von über 200 Mio. USD und einen Umsatz von 1.6 Mrd. USD erzielt, erwarten wir, dass sie Großmut an den Tag legt.“ Die Rana Plaza-Tragödie liegt fast zwei Jahre zurück. Das Verfahren, nach dem der Umfang des Beitrags, den Benetton leisten wird, berechnet wird, ist weiterhin unklar.

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>, 2.3.2015

Türkei: Protest gegen Entlassungen im Krankenhaus

Am Krankenhaus der Maltepe-Universität in Istanbul sind 98 Beschäftigte wegen ihrer Mitgliedschaft in der DISK-Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen entlassen worden. Die Beschäftigten hatten sich der Gewerkschaft angeschlossen, um für bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus zu kämpfen. Ihre Forderungen waren höhere Löhne – was seit mehreren Jahren versprochen worden war – und kürzere Arbeitszeiten. Mehrere der jetzt entlassenen Beschäftigten waren seit über zehn Jahren in dem Krankenhaus beschäftigt und hatten für ihre Arbeit verschiedene Auszeichnungen bekommen. Unter den Entlassenen sind Schwerbehinderte ebenso wie Ehepaare, so dass ganze Familien jetzt ohne Einkommen dastehen. Am 16. Januar schloss sich die IÖD-Generalsekretärin, Rosa Pavanelli, dem Protest der Beschäftigten vor dem Maltepe Hospital an. Pavanelli kritisierte die Entlassungen durch das Krankenhaus-Management und forderte es auf, die entlassenen Arbeitnehmer sofort wieder einzustellen und die Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu beginnen. Am Mittwoch, 25.2.2015, wurde die Chefin eines der größten Gewerkschaftsdachverbände festgenommen. Die Generalsekretärin der sozialdemokratisch orientierten Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften (Disk), Arzu

Çerkezoglu, hatte die entlassenen Beschäftigten des Universitätskrankenhauses im Istanbuler Bezirk Maltepe besucht. Nachdem das Management Gespräche verweigerte, besetzten mehrere Dutzend Arbeitnehmerinnen ein Klinikgebäude. Die Polizei griff die Streikenden brutal an und verhaftete neben Çerkezoglu etwa 50 weitere Gewerkschafter. Die Verhafteten wurden am Ende des Tages wieder entlassen. Zwei von ihnen wurden durch die Polizeiaktion verletzt. Sie gingen wieder zum Lager, um ihren Protest fortzusetzen. Die Kampagne, die im Januar von PSI, Egöd und Disk für die Wiedereinsetzung dieser Beschäftigten ins Leben gerufen wurde, hat bereits mehr als 10 000 Unterschriften gesammelt.

Quellen: <http://www.world-psi.org>, 25.2.2015, <https://www.jungewelt.de>, 26.2.2015

West-Ukraine: Proteste der Bergleute eskalieren

Die Proteste von Bergleuten in der West-Ukraine eskalieren. Sie richten sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen, nicht gezahlte Löhne, Kürzungen und geplanten Schließungen. Im Chervonohrad Braunkohlerevier (Lviv Oblast) blockierten die Bergleute die Autobahn Kovel-Lviv. Am 3. März gab es einen Massenprotest von 1 000 Bergleuten vor dem Parlament. Die Beschäftigten von Werchowna Rada der Ukraine fordern Lohnrückstände zu zahlen und wenden sich gegen Zerschließungen und Stellenabbau. Am 5. März gab es weitere Proteste mit mehr als eintausend Bergleuten aus sieben Minen in Chervonohrad, Vischeva Platz. Sie bekräftigten ihre Forderungen nach ausstehenden Löhnen und gegen Stellenabbau.

Quelle: <http://ukrainsolidaritycampaign.org>, 8.3.2015

Mauretanien: Streik der Erzarbeiter

Auch nach fünf Wochen Streik in der staatlichen Erzgesellschaft SNIM weigert sich die Unternehmensleitung, mit der streikenden Belegschaft zu verhandeln. Der massive Streik und die große gesellschaftliche Unterstützung für den Kampf, die immer deutlicher wird, haben dennoch eine Reihe von Bewegungen verursacht: Am 6. März gab es eine gemeinsame Erklärung von fünf Gewerkschaftsverbänden zur Unterstützung des Streiks, inklusive des Aufrufs an die Bevölkerung, den Streik zu unterstützen. Der Staatspräsident will eine Rede an die Nation halten – wobei alle Kommentare mutmaßen, er werde die – von den Gewerkschaften massiv geforderte – Rücktrittsfordernungen an den Topmanager erfüllen. Dessen Weigerung, die Vereinbarungen aus dem im Mai 2014 unterzeichneten Tarifvertrag umzusetzen, war der

Ausgangspunkt für diesen wichtigsten Streiks seit vielen Jahren.

Quelle: <http://www.cridem.org>, 9.3.2015

Gabun: Entlassungen in der Holzwirtschaft

Nach Angaben der gabunischen BHI-Mitgliedsgewerkschaft Utb Tp Bsp wurden am 17. Februar 38 der beim gabunischen Holzverarbeitungsunternehmen Rain Forest Management (RTM) befristet beschäftigten Arbeitnehmer entlassen. Diese Arbeitnehmer waren in dem in Mbomao in der Provinz Ogooué-Ivindo niedergelassenen Unternehmen in Streik getreten. Die Geschäftsführung des Unternehmens entließ die Arbeitnehmer am letzten Streiktag und ließ sie von Polizisten aus ihrer Unterkunft im Camp in Booué abführen. Dort waren die Arbeitnehmer unter katastrophalen hygienischen Bedingungen untergebracht und mussten mit Ratten, Kakerlaken und Schlangen unter einem Dach leben. Zu den Forderungen der Streikenden gehören: – Arbeitsbedingungen: Einteilung der Arbeitskräfte gemäß der ausgeführten Beschäftigung, Aushändigung einer Kopie des Arbeitsvertrages bei der Einstellung des Arbeitnehmers, Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten, Lohnauszahlungen während der Arbeitszeiten (nach zwei Wochen und am Monatsende). – Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz: Bereitstellung von Medikamenten und einer Krankenstation, Übertragung der medizinischen Versorgung an einen kompetenten gabunischen Fachmann, Bereitstellung einer unentgeltlichen persönlichen Schutzausrüstung, Bereitstellung akzeptabler Unterkünfte und sanitärer Anlagen im Camp. – Gewerkschaftsrechte und Einrichtungen für die Mitglieder: Bereitstellung eines Büros für die Arbeitnehmervertreter mit Schreibtischen und Büroausstattung, automatischer Abzug der Gewerkschaftsbeiträge von den Löhnen, keine weiteren Androhungen von Entlassungen aufgrund ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft. RFM ist ein gabunisches Holzverarbeitungsunternehmen mit malaysischer Beteiligung. Das Unternehmen ist seit 2008 in Gabun vertreten und stellt Fenster und Türen für den gabunischen Inlandsmarkt her. Es exportiert Halbfertigprodukte nach Asien, Europa und in den Nahen Osten. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 700 Arbeitnehmer, die größtenteils aus Gabun stammen.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 27.2.2015

Malediven: „Schande über Sheraton“

Die Sheraton-Hotels und -Resorts sind Teil der Starwood Group, zu deren Marken auch Westin, St. Regis, Méridien, W

Hotels und die Luxury Collection gehören. Starwood nennt sie „ausgeprägte Lifestyle-Brands“ – gehobene Unterkünfte für wohlhabende Reisende und Urlauber. Aber brutale Verletzungen der Menschenrechte der Angestellten des Konzerns können Teil dieses ausgeprägten Lifestyles sein. Unlängst wollten Beschäftigte von Sheraton-Hotels in Äthiopien und auf den Malediven ein Menschenrecht ausüben: Aushandlung ihrer Beschäftigungsbedingungen durch ihre Gewerkschaft. Sie bekamen die missbräuchliche Full-Service-Behandlung des Sheraton-Managements zu spüren – brutale Massentlassungen und Einschüchterung. Seit die der IUL angeschlossene TEAM im Februar letzten Jahres eine Mehrheit der Beschäftigten des Sheraton Maldives Full Moon Resort & Spa rekrutiert hat, weigert sich das Management, die Gewerkschaft formell anzuerkennen oder den Gewerkschaftsausschuss zu treffen, und hat Disziplinarverfahren gegen den Gewerkschaftssekretär eingeleitet. Seitdem sind zehn Gewerkschaftsführer entlassen worden, mehr als einhundert Mitglieder haben Disziplinarschreiben erhalten. Weil die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten des Sheraton-Luxusresorts auf den Malediven, die entlassen wurden, die private Insel des Konzerns nicht betreten dürfen, stachen sie am 20. Februar in See, um von einem Boot aus „Schande über Sheraton!“ zu rufen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 23.2.2015

Indien: Höherer Mindestlohn für Plantagenbeschäftigte

Etwa zwei Millionen Menschen arbeiten auf indischen Teeplantagen, ein Viertel davon in Westbengalen. Dort ist nun durch das Zusammenwirken von 26 Gewerkschaften erstmals seit langem der Mindestlohn erhöht worden. Bisher hatten die Plantagenbesitzer und ihr Verband im Zusammenspiel mit der Regierung des Bundesstaates die Spaltungen in eine Vielzahl von Gewerkschaften ausgenutzt, um das Gesetz zu umgehen und die Löhne unterhalb der offiziellen Beträge zu halten, die ohnehin kümmerlich genug sind. Diesen Zustand zu beenden sei nun gelungen, unterstreicht der Gewerkschaftsbund NTUI in seiner Erklärung „Auf dem Weg zu Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns für Tee-Beschäftigte“.

Quelle: <http://ntui.org.in>, 2.3.2015

USA: Mehr Lohn für Wal-Mart-Personal

Wal-Mart wird nun die Löhne von über 500 000 Angestellten in den USA erhöhen. UNI Global Union begrüßte die Nachricht, wies jedoch darauf hin, dass die Beschäftigten weiterhin den

Launen des Wal-Mart-Managements ausgesetzt sind. UNI Global Union-Generalsekretär Philip Jennings erklärte: „Diese Nachricht ist positiv für die 40% der Wal-Mart-Voll- und Teilzeitkräfte, die endlich den US-Mindestlohn erhalten werden. Wir werden aber so lange Zurückhaltung üben, bis uns Einzelheiten bekannt sind. Solange der Wal-Mart-Konzern an seiner gewerkschaftsfeindlichen Politik in den USA festhält, bleiben seine Beschäftigten schutzbedürftig. Ohne Gewerkschaftsvertretung und Tarifverhandlungen werden weiterhin Tausende von US-Arbeitnehmern in Armut leben und mit prekären Beschäftigungsverhältnissen vorlieb nehmen müssen. Nur mit Tarifverhandlungen, die den Beschäftigten ein Mitspracherecht in Lohnfragen geben, wird es möglich sein, im Kampf gegen niedrige Löhne bei Wal-Mart das Blatt zu wenden.“

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>, 26.2.15

USA: Ölarbeiterstreik und Kampf um Gesundheit

Seit Samstagnacht, 28.2., 24 Uhr, ist auch die größte Raffinerie der USA in Port Arthur (Texas) im Streik. Die 1300 Beschäftigten sind geschlossen dem Aufruf der USW gefolgt. Die Raffinerie, die zu je 50% Shell (Verhandlungsführer der Ölunternehmen) und Aramco gehört, produziert 600 000 Fass Öl am Tag. Die Gewerkschaft hat die abermalige Ausweitung des Streiks zu Beginn der vierten Streikwoche beschlossen, weil der Unternehmensverband sich weiterhin weigert, zu den zentralen Forderungen der Streikbewegung nach Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz Zusagen zur Verbesserung zu machen. Drei weitere, kleinere Raffinerien in Indiana sind ebenfalls in den Streik getreten. Der Kampf um Sicherheit und Gesundheit der Ölarbeiter ist dabei, Geschichte zu schreiben: Zum ersten Mal seit langer Zeit findet ein Arbeitskampf der Industriearbeiterschaft breite gesellschaftliche Unterstützung in den USA, eben auch, weil es um Forderungen geht, die weit über den betrieblichen Bereich hinausgehen. Die Argumentation von Belegschaft und Gewerkschaft ist eindeutig: Ein Angebot, über alles zu reden – irgendwann, irgendwie – ist kein Angebot. Sie wollen Antworten auf vier zentrale Forderungen, konkrete Angebote dazu: Die Reduzierung der von Belegschaft und Gewerkschaft ausführlich dokumentierten Sicherheitsmängel, die Reduzierung der gewaltigen Mengen Überstunden, die Beendigung des Einsatzes von Subunternehmen für die alltäglichen Wartungsarbeiten und eine angemessene Urlaubsregelung. Inzwischen sind 7 000 Ölarbeiter in 15 US-Raffinerien im Streik – der Versuch der Unternehmen, qua direkter

Ansprache (Briefe, Anrufe) die Arbeiter selbst gegen den Streik „der Gewerkschaft“ zu mobilisieren, ist zu 100% fehlgeschlagen – es ist eben nicht „der Streik der Gewerkschaft“, sondern der große Streik einer verhältnismäßig gut bezahlten Belegschaft um Gesundheit und Sicherheit.

Quelle: www.bizjournals.com, 25.3., <http://www.usw.org>, 27.2., <http://www.reuters.com>, 9.3.2015

Kolumbien: Festanstellungen für Zuckerrohrarbeiter/innen

Die der IUL angeschlossene Sintrainagro hat für die Zuckerrohrschneider/innen der Zuckerfabrik Risaralda im Cauca-Tal in Westkolumbien Festanstellungen durchgesetzt. Die Vereinbarung wurde am 5. März unterzeichnet, nachdem 500 Zuckerrohrschneider/innen am 2. März in einen unbefristeten Streik getreten waren. Sie waren am nächsten Tag von Angehörigen der staatlichen Bereitschaftspolizei und betriebseigenen Sicherheitskräften brutal attackiert worden. Die Attacke hatte zur Folge, dass Dutzende von Streikenden verletzt wurden und sich der lokale Gewerkschaftsführer Carlos Ossa Trejos in einem kritischen Zustand befindet. Die Vereinbarung wurde nach intensiven Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft, dem Vorstand der nationalen Gewerkschaftszentrale CUT und dem Arbeitsministerium erzielt. Vor dieser Vereinbarung erhielten Zuckerrohrschneider/innen, die seit vielen Jahren beschäftigt waren, zeitlich befristete Verträge. Durch die Mechanisierung wurden die Löhne noch weiter gedrückt. Die Vereinbarung verpflichtet das Unternehmen dazu, alle Sintrainagro-Zuckerrohrschneider/innen mit unbefristeten Arbeitsverträgen „gemäß IAO-Standards für menschenwürdige Arbeit“ zu beschäftigen, die von einer Risaralda-Filiale, die binnen 10 Wochen zu gründen ist, eingestellt werden sollen. Das Unternehmen kann Streikende nicht entlassen oder ihre Einstellung ablehnen, muss bei der Zuweisung von Arbeit „die Anwendung der Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung“ sicherstellen und wird unter anderem Mechanismen für die Sicherstellung der Zahlung von Sozialbeiträgen einrichten. „Diese Regierung möchte eine Atmosphäre des Terrors gegen alle schaffen, die es wagen aufzubegehren. Die Arbeiter/innen und ihre Familien haben aber keine Angst mehr und verteidigen ihr Recht auf Beschäftigung und menschenwürdige Lebensbedingungen“, erklärte Mauricio Ramos von der Sintrainagro. „Wieder einmal hat sich gezeigt, dass Mobilisierung, Druck und friedlicher Kampf die Instrumente sind, um Rechte einzufordern.“

Quelle: <http://www.iuf.org>, 10.3.2015



50 000 Menschen fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP

BERLIN. Am heutigen Samstag gingen in Berlin zum fünften Mal Bäuerinnen und Bauern, Imkerinnen und Imker zusammen mit Verbraucherinnen und Verbrauchern für eine grundlegend andere Agrarpolitik auf die Straße. Das Bündnis fordert von der Bundesregierung eine klare Absage an das EU-USA-Handelsabkommen TTIP, einen wirksamen gesetzlichen Schutz der Land- und Lebensmittelwirtschaft vor der Gentechnik sowie den sofortigen Stopp des weiteren Ausbaus von Mega-Ställen. Ein Traktorenkonvoi mit über 90 Traktoren führte den Zug von 50 000 DemonstrantInnen an. Das „Wir haben es satt!“-Bündnis hat in den letzten Jahren viel erreicht: TTIP ist in aller Munde und 97% der Europäer lehnen mehr Macht für Konzerne ab. Bürgerinitiativen haben mit Hilfe des neuen Baugesetzes mehr als 100 Mega-Ställe verhindert. Gentechnik hat durch das Engagement einer breiten Bewegung auf unseren Äckern keinen Fuß gefasst. Doch dies sind nur die Anfänge einer dringend notwendigen Agrarwende für eine Zukunft der Landwirtschaft in bäuerlicher Hand mit Rückhalt in der Gesellschaft. „Das EU-USA-Handelsabkommen (TTIP) dient einseitig global agierenden Konzernen und wird vielen bäuerlichen Betrieben hier und weltweit die Existenzgrund-

lage entziehen. Gleichzeitig drohen die Verbraucherstandards gesenkt zu werden“, sagt Jochen Fritz, Sprecher des „Wir haben es satt!“-Bündnisses. „Das heißt mehr Gentechnik im Trog und Hormonfleisch durch die Hintertür. Deswegen fordern wir von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel TTIP zu stoppen!“ Auch die Agrarpolitik der Bundesregierung wird von den Veranstaltern scharf kritisiert: Sie habe dazu beigetragen, dass beispielsweise seit dem Jahr 2000 mehr als Dreiviertel der SchweinehalterInnen aufgegeben haben, während Fleischkonzerne zunehmend die Tierhaltung übernehmen. Trotz eines Selbstversorgungsgrades mit Fleisch von 120 % würden weiter Mega-Ställe in Deutschland genehmigt. „Die Strategie, die Produktion immer weiter auszudehnen, was zu Dumping-Exporten auf dem Weltmarkt führt, ist gescheitert. Die Landwirtschaft in Deutschland braucht eine Zukunft jenseits von Tierfabriken und Mega-Schlachthöfen“, so Fritz weiter. „Wenn die Bundesregierung jetzt nicht handelt, zementiert sich eine agrarindustrielle Struktur, die nicht mehr veränderbar ist. Die Zukunft liegt in der Ernährungssouveränität auf Basis regionaler Märkte.“

www.wir-haben-es-satt.de/start/home/



18.3.2015: Aktionen gegen die Eröffnungsfeier der Europäischen Zentralbank

FRANKFURT. Am 18. März werden in Frankfurt Tausende empörter Menschen aus ganz Europa gegen die katastrophale Verarmungspolitik der Bundesregierung und der Troika protestieren. Mit der Blockade der Eröffnungsfeier des pompösen Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB), mit einer Kundgebung und der bunten Demo werden sie gleichzeitig Solidarität mit den Menschen in Griechenland zeigen. Dort ist etwas Unerhörtes passiert: Die Bevölkerung hat nicht

länger akzeptiert, dass die Erpressung durch EU-Krisenpolitik und EZB alternativlos sei. Das macht europaweit Hoffnung, so gingen in Spanien sofort Hunderttausende auf die Straße. In ganz Europa sind jetzt Menschen solidarisch mit den Bewegungen in Griechenland, protestieren gegen die Zwänge einer Sparpolitik, die nach unten durchgereicht werden – mit drastischen Folgen in den Ländern der „Rettungsschirme“, mit zunehmender Not aber auch hier, durch Hartz IV

und Zeitarbeit, explodierende Mieten und die Verarmung der Kommunen. Auf diesem Boden entsteht Verunsicherung, dumpfer Nationalismus und Rassismus.

Dagegen kommen wir am 18. März nach Frankfurt. Wir sind viele Gruppen und Organisationen, darunter Attacies, GewerkschafterInnen, Erwerbslosen-, Nord-Süd- und Friedensinitiativen und etliche weitere Netzwerke. Der DGB demonstriert, bekannte Blockupy-UnterstützerInnen, KünstlerInnen und Bands sind dabei. Unsere Solidarität gehört den Menschen und emanzipatorischen Bewegungen in Griechenland und überall in Europa und der Welt. Ein erster Effekt auch der europaweiten Blockupy-Mobilisierung: Die EZB hat ihre Gästeliste drastisch zusammengestrichen. In Zeiten großer Bewegung und Proteste versucht sie abzutauchen. Wir lassen uns davon nicht täuschen. Gerade jetzt geht es um Solidarität und entschiedenen Protest gegen die Katastrophen der Krisenpolitik.

www.attac.de

Studie zur Kinderarmut: Paritätischer fordert Maßnahmenpaket

BERLIN. Mit scharfer Kritik an den Prioritäten der Bundesregierung reagiert der Paritätische Wohlfahrtsverband auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, wonach in Deutschland mittlerweile jedes sechste Kind unter drei Jahren von Hartz IV lebt. Der Verband fordert den zügigen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, deutliche Verbesserungen des Kinderzuschlags und eine Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes. „Kinderarmut ist in Deutschland ein echtes Massenphänomen“, bewertet Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes das Ergebnis der Bertelsmann-Studie, wonach 17,1 Prozent der unter 3-Jährigen von Hartz IV leben müssen. Zugleich übt er heftige Kritik am Koalitionsvertrag der Bundesregierung, in dem der Begriff der Kinderarmut nicht einmal auftaucht. „Es lassen sich bisher keine wirklichen Anstrengungen der Bundesregierung erkennen, Kinderarmut in Deutschland entschieden zu bekämpfen“, klagt Schneider. „Jedes Jahr, das die Bundesregierung im Kampf gegen die Kinderarmut verstreichen lässt, raubt sie den Kindern unwiederbringliche Chancen. Der Verband sieht zur Bekämpfung der Hartz-IV-Abhängigkeit von Kindern vor allem die Notwendigkeit eines zügigen und konsequenten Ausbaus öffentlich geförderter Beschäftigung. Schneider: „Kinderarmut ist fast immer Familienarmut. Wer Kinder aus Hartz IV herausholen will, muss ihren Eltern auskömmliche und längerfristige Arbeit verschaffen und wo nötig auch sozialarbeiterische Hilfen sicher-

stellen.“ Ausdrücklich unterstützt der Verband weiterhin die Forderung von Familienministerin Schwesig nach Verbesserungen des Kinderzuschlages für erwerbstätige einkommensschwache Familien. „Ohne eine Erhöhung der Beträge werden immer mehr Familien trotz Erwerbstätigkeit mit Hartz IV aufstocken müssen.“ Längst überfällig sei darüber hinaus die Reform des überbürokratischen und unzureichenden Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder im Hartz-IV-Bezug. „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist völlig vermurkt und wird entsprechend auch nur unzureichend abgerufen“, erklärt Schneider. „Die Wege sind zu bürokratisch, die 10-Euro-Gutscheine im Monat für den Sportverein oder die Musikschule geradezu beschämend niedrig.“

www.der-paritaetische.de

**Ein echter
BOSS
zahlt
Existenzlöhne**

Hugo Boss: Teure Anzüge zu Armuts- löhnen

WUPPERTAL. Mit Straßenaktionen und Online-Protesten haben AktivistInnen der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) das Unternehmen Hugo Boss aufgefordert, faire Löhne an seine

NäherInnen zu zahlen und ihnen ihr Recht auf Organisationsfreiheit nicht weiter zu verwehren. Die Protestaktionen fanden im Vorfeld der Bilanzpresse- und Analystenkonferenz von Hugo Boss statt, bei der das Unternehmen jährlich seinen Anlegern die finanziellen Ergebnisse präsentiert.

Ungefähr die Hälfte der Hugo Boss Produkte werden in Osteuropa und der Türkei hergestellt. Die Kampagne für Saubere Kleidung hat bei eigenen Recherchen in dieser Region festgestellt, dass auch in Hugo Boss Zulieferbetrieben grobe Verstöße gegen international vereinbarte Arbeitsnormen stattfinden. Im Gegensatz zu öffentlichen Behauptungen des Unternehmens werden bei der Herstellung der teuer beworbenen Anzüge von Hugo Boss keine fairen Löhne an die NäherInnen gezahlt. Die Kampagne für Saubere Kleidung hat 2013 Interviews mit ArbeiterInnen geführt, die für einen türkischen Zulieferbetrieb von Hugo Boss gearbeitet haben. Diese gaben an, durchschnittlich 326 Euro im Monat inklusive Überstunden und Zuschläge zu verdienen. Die offizielle Armutsgrenze liegt allerdings bei einem Mindesteinkommen von 401 Euro pro Monat und für einen angemessenen

Basis-Existenzlohn ist ein monatlicher Lohn von 890 Euro nötig. Diese Armuts-löhne steht in scharfem Kontrast zu den Gewinnen, die das Markenunternehmen Hugo Boss erwirtschaftet: „In nur fünf Jahren haben wir den Gewinn verdreifacht“, verkündete Claus-Dietrich Lahrs, Vorstandsvorsitzender von Hugo Boss, den Erfolgskurs des Unternehmens am 4. Februar 2015. Doch damit nicht genug: Hugo Boss geht darüber hinaus aggressiv gegen Gewerkschaften vor. In Izmir wurden seit 2011 hunderte Beschäftigte eingeschüchtert, schikaniert und schließlich entlassen, nur weil sie sich gewerkschaftlich organisieren wollten – ein auch in der Türkei gesetzlich verbrieftes Recht. Im Februar 2015 berichtete die türkische Gewerkschaft über drei neue Entlassungen. Hugo Boss hat diese Fakten bislang negiert bzw. ignoriert.

Wir fordern, dass Hugo Boss

- das Menschenrecht auf einen existenzsichernden Lohn anerkennt,
- die Löhne sukzessive steigert,
- sich unabhängig prüfen lässt und
- Gespräche mit Gewerkschaften und der Kampagne für Saubere Kleidung aufnimmt.

www.saubere-kleidung.de

Erstunterzeichner rufen auf zum Ostermarsch Rhein Ruhr 2015: Kriege stoppen – Atomwaffen ächten – zivile Lösungen schaffen

Wir haben aus der Geschichte gelernt: 70 Jahre nach Ende des II. Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus durch die weltweite Anti-Hitler-Koalition erinnern wir an die deutsche Verantwortung für den Frieden und an das Vermächtnis der Nachkriegsgeneration: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Wir stellen jedoch mit großer Sorge fest: die Staaten der EU und der Nato rüsten weiter auf und setzen fast ausschließlich auf eine militärische Durchsetzung ihrer Interessen. Zweidrittel der weltweiten Militärausgaben entfallen auf die Nato-Staaten. Auf der Nato-Konferenz im Herbst 2014 wurde von den Mitgliedsländern gefordert, ihre Militärhaushalte auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das würde bedeuten, dass Deutschland statt aktuell 33 Mrd. Euro zukünftig 54 Mrd. für Militär und Rüstung ausgeben müsste.

Nato und EU betreiben gegenüber Russland eine Konfrontationspolitik. Die Gefahr eines neuen Krieges mit dem Risiko eines nuklearen Infernos wächst ...

Krieg beginnt hier in NRW und hier muss er verhindert werden!

Krieg beginnt in Rüstungsunternehmen in NRW: Sie liefern die Waffen für Kriege und in Krisenregionen in aller Welt; Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur. In NRW stellen Unternehmen wie Rheinmetall in Düsseldorf und Thyssen-Krupp in Es-

sen Waffen her, ein „Mordgeschäft“. Im Jahr 70 nach der Befreiung von Krieg und Faschismus und anlässlich des 8. Mai erinnern wir daran, dass Konzerne wie Rheinmetall und Krupp sowie Thyssen zu jenen gehörten, die den Faschismus mit herbeiführten und die an Krieg und Massenmord profitiert haben ...

Wir fordern das Verbot von Rüstungsexporten und die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter.

Krieg beginnt in Militäreinrichtungen in NRW: Von Kommandozentralen in Kalkar/Uedem am Niederrhein wird der Luftraum bis an die Grenzen Russlands überwacht, und gemeinsam mit Militäreinrichtungen in Köln werden von dort Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Nato organisiert und gesteuert. Auf dem Truppenübungsplatz in der ostwestfälischen Senne werden Kampfeinsätze geübt. Ausgerechnet in der „Friedensstadt“ Münster wird die „Speerspitze Ost“ genannte schnelle Nato-Eingreiftruppe organisiert, die bei Bedarf innerhalb von wenigen Tagen an den Grenzen der Allianz einsatzbereit sein soll.

Wir fordern die Schließung der Kommandozentrale in Kalkar/Uedem und anderer Nato-Einrichtungen in NRW und deren Umwandlung für zivile Zwecke!

Krieg beginnt in Schulen und Universitäten in NRW. Die Bundeswehr

hat in NRW über eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium Zutritt zu den Schulen. Mit sogenannten Karriereberatern in Schulen und Arbeitsagenturen will sie junge Menschen für den Soldatenberuf anwerben. An Universitäten in NRW wird auch für die Rüstung geforscht.

Wir fordern eine Schule ohne Bundeswehr. Keine militärische Forschung an den Hochschulen!

Krieg beginnt mit Technik aus NRW. Im nordrhein-westfälischen Gronau betreibt die Urenco eine Urananreicherungsanlage, in der Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke hergestellt wird. In NRW ist damit auch die Technologie vorhanden, hochangereichertes Uran für Atombomben zu produzieren.

Der Verkauf des Urenco-Konzerns soll 2015 in die heiße Endphase gehen – eine Weiterverbreitung der Atomwaffentechnologie steht also unmittelbar an! Unweit von NRW, einer der am dichtest besiedelten Regionen Europas, lagern US-Atomwaffen im niederländischen Volkel, im belgischen Kleine Brogel und in Büchel in Rheinland-Pfalz. USA und Nato wollen diese Bomben mit Milliardenaufwand modernisieren, um ihre Einsatzfähigkeit zu erhöhen.

Wir fordern den Abzug und die Vernichtung der Atombomben. Die Urananreicherungsanlage in Gronau muss stillgelegt und ihre Technologie darf weder verbreitet noch verkauft werden.

www.ostermarsch-ruhr.de

Gängeviertel: Es geht ums Ganze!

HAMBURG. Von „Donnergrollen im Gängeviertel“ bis zu „Eiszeit“ reichten die Pressereaktionen auf den Planungsstopp im Gängeviertel. Kurz gesagt: Wir fühlen uns von der Stadt hintergangen. Für uns geht es jetzt und heute um die Existenz des Projektes Gängeviertel. Da sind zwölf historische Häuser, die längst nicht mehr da wären, hätten wir sie nicht vor fünf Jahren besetzt.(...) Seit fünf Jahren ringen wir mit der Stadt um diesen Raum, um die Selbstverwaltung. Um den Konflikt nachzuvollziehen, müssen wir ein wenig ausholen: Als wir im August 2009 im Rahmen einer „kulturellen Inbesitznahme“ das Gängeviertel besetzten, war das für viele in Hamburg und weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein ermutigendes Signal: Eine andere, eine bessere Stadtentwicklung schien möglich zu sein.

Eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt an Investoreninteressen. (...) Im Dezember 2009 kaufte die Stadt Hamburg (FHH) das Gängeviertel von dem

hatten. Drei Monate später gründeten wir die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG, die für uns die Grundlage der von Beginn an angestrebten Selbstverwaltung schaffen sollte. Im September 2011 wurde zwischen der Stadt, dem Verein Gängeviertel e.V. und der Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG eine Kooperationsvereinbarung getroffen. In dieser akzeptierte die FHH explizit „die Zielvorstellung und die inhaltliche Ausrichtung und Entwicklung des Gängeviertels“. Dazu zählten unabdingbar die Selbstverwaltung und die Übernahme der sanierten Gebäude durch die Genossenschaft, wobei über die Ausgestaltung der „eigentumsähnlichen“ Rahmenbedingungen noch zu entscheiden war. Ohne diese Kooperationsvereinbarung hätten wir einer Sanierung mit öffentlichen Geldern nie zugestimmt. In ihr heißt es: „Die Genossenschaft strebt an, während des Sanierungsverfahrens eine funktionsfähige Genossenschaftsverwaltung aufzubauen und Schritt für Schritt die Selbstverwaltung einzelner

gen wählt und gängige Wege beschreitet, anstatt sich an den besonderen Eigenarten und der bewahrenswerten Bausubstanz der denkmalgeschützten Häuser zu orientieren. Und so sehen wir immer wieder unseren Eindruck bestätigt, nicht ernst genommen und durch eine paternalistische Haltung zu Bittstellern degradiert zu werden.

Weil wir uns bewusst sind, dass das erste Haus bereits Anfang 2015 bezugsfertig sein wird, führen wir seit April 2014 Verhandlungen mit Behördenvertretern und der Steg mit dem Ziel, die genossenschaftliche Anbindung zu sichern und den Weg zu einer zukunftsfähigen Selbstverwaltung zu ermöglichen. (...) Doch auf der Arbeitsebene kommen wir nicht voran. So machen wir auf einer Pressekonferenz zum 5. Geburtstag des Gängeviertels im August 2014 öffentlich, wo die Probleme liegen: Wir kritisieren den mangelnden politischen Willen seitens der Stadt und warnen vor einem Scheitern der Kooperation.

Die Reaktion: keine. Die von uns eingeforderten und angebotenen Gespräche finden nicht statt, unsere Einladung wird abgelehnt. Zwar wird eine Verhandlungsgruppe unter Federführung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) aufgestellt, um eine Grundlage zur Verwaltung der fertig sanierten Häuser durch die Gängeviertel Genossenschaft 2010 eG zu regeln. Doch der Verhandlungsprozess verläuft schleppend. Gleichzeitig schreiten die Bauarbeiten weiter voran. Da wir keinen anderen Ausweg mehr sehen, fordern wir Ende September 2014 eine in der Kooperationsvereinbarung für den Konfliktfall vorgesehene Schlichtung. Wieder folgt eine Absage. Uns wird stattdessen nach Monaten des Wartens ein Clearinggespräch in Aussicht gestellt. Das Versprechen, dass dieses Gespräch noch vor der Fertigstellung des Kupferdiebhauses stattfinden würde, ist nicht eingehalten worden. Erst Ende Februar, nach den Wahlen, sollte dieser so wichtige Termin anberaumt werden.

In dieser Situation haben wir, um ein weiteres deutliches politisches Signal in Richtung Stadt zu setzen, am 22. Januar 2015 eine eintägige Baustellenbesetzung durchgeführt. (...) Wir verdeutlichen, dass es für uns unerlässlich ist, eine Einigung über die politische Weichenstellung zu erzielen, die garantiert, dass das Gängeviertel auch in Zukunft als selbstverwalteter kultureller und politischer Ort bestehen kann. (...)

Kurz nach der Unterzeichnung der Verträge für das „Kupferdiebhaus“ wird uns eine rechtliche Stellungnahme der BSU vorgelegt, in der eine Genossenschaftsbindung der Mietverträge aufgrund des hinter dem Rücken der



Investor Hanzevast zurück. Wir begannen mit den verantwortlichen Behörden über ein neues, zukunftsfähiges Konzept für das Gängeviertel zu verhandeln – mit dem gemeinsamen Ziel, dass das Gängeviertel im Besitz der Stadt bleibt und von ihr saniert wird. Für die FHH war die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (Steg) der einzige Sanierungsträger, der hierfür in Frage kam. Trotz unserer erheblichen Zweifel an einer Zusammenarbeit mit der Steg kamen wir der Stadt in diesem Punkt entgegen. Im September 2010 wurde mit der Stadt ein „Integriertes Entwicklungskonzept“ fertiggestellt, als Grundlage diente unser Zukunftskonzept, das wir bereits im Rahmen der „kulturellen Inbesitznahme“ vorgestellt

Flächen zu übernehmen. ... Die FHH wird diese Bestrebungen fördern. Zu diesem Zweck verständigen sich Genossenschaft und FHH zeitnah auf ein geeignetes Verfahren mit dem Ziel einer Übernahme durch die Genossenschaft zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit des jeweiligen Objekts. Insbesondere kommen dabei in Betracht: Abschluss eines Generalmietvertrages oder vorzeitiger Erwerb eines Erbbaurechts oder vorzeitiger Erwerb des Eigentums.“

(...) Im Jahr 2013 beginnen die Sanierungsarbeiten. Und es zeigt sich schnell, dass die Vorstellungen des Sanierungsträgers und unsere in wesentlichen Punkten auseinandergehen. Immer wieder müssen wir mitansehen, wie die Steg bei der Sanierung Standardlösun-

Initiative abgeschlossenen Modernisierungsvertrags rechtlich ausgeschlossen wird. Dies widerspricht eindeutig der Kooperationsvereinbarung. Wir gewinnen den Eindruck: Seit November haben wir Scheinverhandlungen mit der Stadt geführt, ohne wirklich die Chance gehabt zu haben, unsere Anliegen zu verwirklichen. Eine genossenschaftliche Lösung war von der Stadt nie gewollt, geschweige denn unterstützt.

(...) Wir haben daraufhin die Notbremse gezogen und sind erneut mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit getreten. Gleichzeitig sind unsere Vertreter vom Vorstand des Sanierungsbeirats zurückgetreten. (...) Nun haben wir einen vorläufigen Planungsstopp für das weitere Sanierungserfahren durchsetzen können. Dabei haben wir uns bereiterklärt, vorerst auf ein förmliches Schlichtungsverfahren zu verzichten. Stattdessen sollen drei Arbeitsgruppen eingerichtet werden, in denen versucht werden soll, zentrale strittige Punkte zu klären:

1. Selbstverwaltung und Genossenschaftsbindung. Für uns ist die Genossenschaftsbindung unabdingbarer Teil der Selbstverwaltung des Gängeviertels. Nur mit dem nötigen Eigenkapital können wir das Quartier selbst verwalten oder in eigentumsähnliche Verhältnisse überführen. (...)

2. Der Status der „Fabrique“ nach Beendigung der Sanierung. Die „Fabrique“ ist für uns das Herz des Gängeviertels und wird allen Bürger*innen offenstehen: als Möglichkeitsraum und Experimentierfeld, als Zentrum für Kunst, Kultur, Politik und Soziales. Damit es uns möglich ist, die Räume der „Fabrique“ für die Öffentlichkeit zu erhalten, kämpfen wir für eine mietfreie Lösung. (...)

3. Die Zukunft des Viertels und die Eigentumsfrage. Von Beginn an haben wir ein Erbbaurecht gefordert, da wir wollten, dass das Gängeviertel im Eigentum der Stadt verbleibt. Wir sind gegen Privatisierung und gegen Spekulation mit Immobilien. Wir finden es richtig, dass die Stadt sich um öffentliches Eigentum sowie um Bildung und Kultur kümmert. (...) Viele Modelle sind denkbar, nun wollen wir uns an die Arbeit machen, diese zu planen und umzusetzen.

(...) In einem Gängeviertel, das in Zukunft von der Stadt verwaltet wird, wird jedoch alles Potential veröden, das in diesem Viertel wohnt. Die Selbstverwaltung (...) ist eine notwendige Bedingung für das Gelingen der Vision Gängeviertel. Wir werden für diese Vision kämpfen. (...) Also:

Kommt in die Gänge! Kommt in die Genossenschaft! Helft uns, ein selbstverwaltetes Gängeviertel möglich zu machen!

Website unserer Genossenschaft:
gaengeviertel-eg.de

Wohngeld: Kommunen müssen Druck machen!

KÖLN. Wohngeld erhalten Menschen mit geringem Einkommen. Damit soll sichergestellt werden, dass sie keine Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Für die Städte und Gemeinden hat das noch einen anderen Nebeneffekt: Das Wohngeld zahlt der Bund, die Kosten der Unterkunft hauptsächlich die Kommune. Doch immer mehr Menschen fallen aus dem Wohngeldbezug heraus: In Köln seit 2011 ca. 4000 Haushalte. Das sind 38 % der Berechtigten. Schuld ist die Entwicklung der Mieten. Sie sind in Köln von 2010 bis 2013 um 20 % gestiegen. Gleichzeitig sind sowohl die Mietobergrenzen, als auch die Regelsätze im Sozialgesetzbuch 2. Teil (SGB II) leicht gestiegen. Im Klartext: Das Wohngeld ist inzwischen so wenig wert, dass immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen plus Wohngeld noch unter den Hartz-IV-Regelsätzen liegen. Sie müssen ergänzendes (aufstockendes)

ALG II beantragen, um überhaupt auf das Existenzminimum zu kommen. Das Geld, das die Kommune für die gestiegenen Kosten der Unterkunft ausgibt, fehlt an anderer Stelle. Der Anteil der Sozialausgaben an den kommunalen Haushalten steigt seit Jahren immer weiter an: Im Jahre 2000 waren es 17,9 %, im Jahre 2014 24,1 % an den Gesamtausgaben der Kommunen. Mit anderen Worten: Das Geld, das Köln für ausreichend Plätze in Kitas und offenen Ganztagsgrundschulen, die Sanierung öffentlicher Gebäude oder den Erhalt der Schwimmbäder fehlt, gibt der Bund aus. Der Bund benutzt Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, den Menschen die sozialen Leistungen zu kürzen. Da sagen Die Linke klar: Nein, das machen wir nicht mit!

Zusammen mit allen anderen demokratischen Parteien haben wir im Februar einen Ratsantrag verabschiedet, den Die

Eine Lösung für die E-Scooter muss gefunden werden!

KÖLN. Seit Weihnachten ist es den Nutzern von E-Scootern nicht mehr möglich, die Fahrzeuge der Kölner Verkehrsbetriebe zu benutzen. Elektrorollstühle sind nicht betroffen. Die wesentlichen Unterschiede zwischen E-Scooter und Elektrorollstuhl sind: Die Scooter werden über eine Lenkstange ähnlich wie bei einem Moped gelenkt. Die klassischen E-Rollstühle über einen Joystick. Oft sind die Scooter wesentlich länger als eine E-Rollstuhl. Der Scooter braucht zum Manövrieren mehr Platz als der E-Rollstuhl. Die Scooter sind in den letzten Jahren auf dem Vormarsch.

Immer mehr Menschen nutzen das Gerät, um am öffentlichen Leben teilhaben zu können. Seit Weihnachten sind die mobilitätseingeschränkten Menschen, die auf einen Scooter angewiesen sind, bei der KVB ausgeschlossen. Viele Senior/-innen und gehbehinderte Menschen konnten somit über die Weihnachtsfeiertage ihre Freunde und Familien nicht besuchen. Begründet wurde diese Maßnahme durch ein Gutachten des Studieninstituts für unterirdische Verkehrsanlagen, welches die Standsicherheit von E-Scootern im Linienbusverkehr untersucht hat, allerdings nur theoretisch. Es kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Gefahrenbremsung eine Kipp- bzw. Rutschgefahr für diese Transportmittel besteht.

Behindertenverbände und -organisationen sind über das Beförderungsverbot empört. Die demokratischen Fraktionen und Gruppen im Kölner Rat kritisierten das plötzliche Beförderungsverbot vor Weihnachten. Der Landesbehinder-

tenbeirat NRW fordert in einer Resolution vom 9. Januar die Rücknahme dieses Verbotes. Der Ausschluss einer wachsenden Gruppe mobilitätseingeschränkter Personen von der Nutzung des ÖPNV und insbesondere derjenigen, die aufgrund ihres Gesundheitszustandes keine alternative Fortbewegungsmöglichkeit als den E-Scooter haben, ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Während in Hamburg, Berlin, Bremen und vielen anderen Städten die E-Scooter weiterhin im ÖPNV befördert werden und Düsseldorf die Beförderung nur in Bussen ausschließt, hat die KVB ein Verbot für Busse und Bahnen erlassen.

In der Verkehrsausschusssitzung im Januar dieses Jahres stand die KVB Rede und Antwort. Es wurde mitgeteilt, dass im ersten Quartal 2015 reale Tests durchgeführt werden. Hierbei soll die Stadtfestigkeit der E-Scooter bei einer realen Bremsung überprüft werden. Bis Ostern soll das Ergebnis feststehen. In anderen Städten sind solche Tests bereits durchgeführt worden – mit schlechtem Ergebnis.

Sollten die realen Tests in Köln und NRW auch zu dem Ergebnis kommen, dass die Stadtfestigkeit der Scooter nicht gewährleistet ist, muss über technische Nachrüstung in Kölns Stadtbahnen nachgedacht werden. Die Frage nach Platzverbrauch und den Kosten für solche Nachrüstungen darf nicht den Ausschlag geben, denn die Stadt und ihre Unternehmen sind dem Ziel der Inklusion verpflichtet.

Michael Weisenstein

Linke initiiert hat. Darin fordert der Rat die Bundesregierung auf, die angekündigte Wohngeldnovelle zu beschleunigen und spätestens zum 1.10.2015 in Kraft zu setzen. Außerdem fordern wir, die Heizkostenkomponente wieder einzuführen. Sie wurde ab 2009 bereits schon einmal mit einberechnet. Als die CDU-FDP-Bundesregierung sie 2011 wieder abschaffte, fielen viele Haushalte aus dem Wohngeldbezug heraus. Die Linke fordert – im Gegensatz zu den übrigen Parteien – die Stromkosten ebenfalls mit einzuberechnen. Strom gehört ebenso wie Heizung zu den unverzichtbaren Betriebskosten für eine Wohnung. Die Preise für beide sind in den letzten Jahren extrem gestiegen und führten zur sog. „Energiearmut“ in vielen Geringverdiener- und Rentnerhaushalten.

Außerdem spricht sich der Rat dafür aus, das Wohngeld zu dynamisieren, d. h. an die aktuelle Preisentwicklung anzupassen und regelmäßig zu erhöhen, ohne dass das jedes Mal der Bundestag

beschließen muss. Denn seine Mühlen mahlen bekanntlich langsam, die letzte Wohngeldanpassung ist sechs Jahre her. Wenn die bisherigen Regelungen so bleiben, würde das bedeuten, dass ab 2017 der Bund wieder jedes Jahr 9 % am Wohngeld kürzt, weil die Menschen aus dem Bezug fallen, wenn die Leistungen nicht inflationsbereinigt sind. Schließlich wird die Bundesregierung noch aufgefordert, den Zuschuss der Mietstufen zu überprüfen und an dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Mietpreisindex auszurichten. Je höher die Mieten in der jeweiligen Kommune, desto höher ist auch das Wohngeld. Bisher landete Köln nur in der fünften von sechs Kategorien, nach Stuttgart, München und Hamburg. Die Mieten haben aber inzwischen auch in Köln so angezogen, dass hier eine Überprüfung längst fällig erscheint.

Nicht wenige werden sich fragen, wieso eine gemeinsame Resolution nötig war. Schließlich hat die Bundesregierung schon erklärt, eine Wohngeldnovelle vor-

zubereiten. Es gibt auch einen Referentenentwurf. Der sieht allerdings weder eine Dynamisierung, wie sie auch der Stadtag NRW fordert, noch die Einführung einer Heizkostenpauschale vor, entgegen anderslautender Äußerungen der sozialdemokratischen Bundesbauministerin Hendricks. Die Heizkosten werden lediglich in die Tabellenwerte integriert, indem der Anstieg der Bruttowarmmiete berücksichtigt wird, der jedoch auch nur zum Teil. Dabei fließen außerdem die im Moment relativ günstigen Energiepreise ein. Außerdem macht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung misstrauisch. Ursprünglich sollte der Wohngeldetat von 500 Mio. Euro auf 630 Mio. Euro anwachsen. Geblieben sind ganze 530 Mio. Euro. Mit denen wird man höchstens eine Wohngeldnovelle light finanzieren können. Wer eine Wohngelderhöhung will, die diesen Namen auch verdient, kommt am Druck aus den Kommunen nicht vorbei.

Jörg Detjen



CarSharing – ein Weg, Verkehrsflächen für andere Nutzungen zu gewinnen?

MÜNCHEN. In den Neunzigern wohnte ich zwei Jahre in der Türkenstraße. Ideal, so zentral gelegen! Eines Winters beobachtete ich, wie Schnee fiel und es sichtbar wurde, wann die parkenden Autos bewegt wurden: Einige wenige am ersten Tag, manche erst nach einer Woche – und manche standen mit der gleichen Schneehaube auch noch nach drei Wochen am gleichen Platz. Ich malte mir aus, dass die Hälfte der Autos für alle Fahrten der Anwohner locker ausreichen müssten. Das würde bedeuten, dass die Parkplätze auf der einen Seite der Straße ohne Probleme wegfallen könnten. Die Straße nur noch halb so zugeparkt, freier Platz für Fahrradfahrer, Kinderspielflächen, Bäume. Was für eine Aussicht.

Damals steckte das CarSharing noch in den Kinderschuhen, digitale Medien waren kaum in Gebrauch, das Internet erst am Anfang. Doch gerade in den letzten Jahren ist einiges in Bewegung auf dem CarSharing-Markt. Der Verband begrüßte den millionsten Kunden im letzten Jahr und die Autoindustrie entdeckt das Segment für sich, um auch in dichten Städten Mobilitätsangebote bereitzustellen und um jungen Menschen, deren Statussymbol sich vom Auto zum Handy verlagert, ihre Model-

le nahezubringen und eine Markenbindung aufzubauen. Die Möglichkeiten der digitalen Suche und technischen Abwicklung trugen das Ihre zur Akzeptanz bei.

In München ist der Markt schon etwas unübersichtlich geworden mit vielen verschiedenen Anbietern und Modellen. So gibt es Anbieter wie Stattauto, Stadtteilauto, Flinkster und Citeecar, deren Autos an festgelegten Stationen oder Stadtteilen ausgeliehen und zurückgegeben werden können, während Autos von Car2go (Daimler) und Drive Now (BMW) stationsunabhängig auf öffentlichen Parkplätzen abgestellt werden können. Hinzu kommen private Anbieter, die ihr Auto auf Online-Plattformen wie tamya, carzapp oder Nachbarschaftsauto gegen Entgelt zur Verfügung stellen.

Trotzdem sind derzeit nur 812 CarSharing-Fahrzeuge in München verfügbar, das ist eine verschwindend geringe Anzahl, wenn man die münchenweiten Autozulassungen von 667.300 Autos (2011, Automobil Städtevergleich) betrachtet. Limitierender Faktor sind die verfügbaren Stellplätze. Die Stadt hat 2011 in einem Pilotprojekt Ausnahmegenehmigungen für das flexible Parken von CarSharing Fahrzeugen erteilt, die

nun im 1. Quartal 2015 um ein weiteres Jahr verlängert wurden. Die Genehmigungen bedeuten, dass geparkt werden darf – dass auch genügend Parkplätze vorhanden, sind bedeutet es nicht. So sind neben den Anwohnern auch viele CarSharing-Nutzer auf leidiger Parkplatzsuche.

Die ÖDP hat im Oktober ein Antragspaket zur Förderung des CarSharings zur Flächengewinnung im Straßenraum auf den Weg gebracht* und die Verwaltung aufgefordert ein übergreifendes Konzept mit einem Bekenntnis zur Förderung von CarSharing mit klaren Zielen und Aufgaben zu erstellen. Die Datenerhebung der letzten Jahre über die Nutzung des CarSharings soll in die Entwicklung eines umfassenden Aktionsplans einfließen. Parklizenzvergabe soll an Bedingungen geknüpft werden, wie z.B. Zug-um-Zug gegen Rückgabe von Anwohnerparklizenzen, gegen Angebote auch in den Außenbezirken und bevorzugt in Straßen, die Flächenbedarf für den Ausbau des Rad- und Fußverkehrs aufweisen. Eine einheitliche, sichtbare Kennzeichnung der Stellplätze soll ebenso angestrebt werden, wie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Bewerbung.

*Carsharing Antragspaket der ÖDP: <http://www.oedp-muenchen.de/aktuelles/stadtratsantraege/newsdetails/news/carsharing-i-v/>

Mit der Errichtung der ersten Mobilitäts-Station an der Münchner Freiheit beschreibt die Stadt einen weiteren Weg, CarSharing publik zu machen. Nach dem Vorbild von Bremen werden Mobilitätsangebote verknüpft. Neben der Benutzung von Trambahn, U-Bahn und Bus können dort CarSharing-Fahrzeuge ausgeliehen werden und bald auch Mietfahrräder. Weitere Mobilitätsstationen sind in Planung.

Auch auf Bundesebene werden derzeit Möglichkeiten erwogen, wie CarSharing gefördert werden kann. Aus der Presse ist zu entnehmen, dass Bundesminister Dobrindt derzeit einen Gesetzesentwurf mit Sonderrechten für Carsharing-Autos erarbeitet. Mit dem Gesetz solle die Grundlage geschaffen werden, um Parkplätze für Carsha-

ring-Fahrzeuge rechtssicher ausweisen zu können (was bislang rechtlich nicht möglich ist). Zudem soll es den Gemeinden ermöglicht werden, auf Parkgebühren bei diesen Fahrzeugen zu verzichten. Denkbar ist dabei eine Erweiterung des Ausnahmen-Katalogs im Straßenverkehrsgesetz um Parkmöglichkeiten für Carsharing-Fahrzeuge und die Ergänzung der Straßenverkehrsordnung. In der Praxis könnten die Kommunen dann Stellplätze ausweisen mit einem Verkehrszeichen ähnlich dem für Taxi-Haltestände.

CarSharing muss unserer Meinung nach so attraktiv werden, dass es sich für Münchnerinnen und Münchner lohnt, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Verfügbarkeit, Nähe und einfache Buchung sind ausschlaggebende Punk-

te. Die Kosten dürften sich für viele sogar deutlich reduzieren. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass sich auch die Autofahrten insgesamt reduzieren werden, denn jedesmal, wenn eine Fahrt zu tätigen ist, wird darüber nachgedacht, welche Kosten dafür anfallen und ob es wirklich nötig ist, das mit dem Auto zu tun. Die nervige Parkplatzsuche wird vermindert und nebenbei erhöht sich die Aufenthaltsqualität in der Nachbarschaft mit reduziertem „ruhendem“ Verkehr, weniger Lärm und besserer Luft. Ein Grünstreifen in der Türkenstraße oder ein Radlschnellweg – dann würde ich mir sogar überlegen, von meinem heutigen Domizil am Stadtrand wieder in die Stadtmitte zu ziehen.

Sonja Haider

Aus MitLinks Nr. 51, Zeitschrift aus der Stadtratsgruppe der Linken München. Die Autorin ist Stadträtin der ödp, mit der die Linke im Stadtrat in einer Ausschussgemeinschaft zusammenarbeitet. Dokumentiert unter www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Brauchen wir SuedLink?

Im letzten Jahr stand in Schweinfurt die für den 31.5.2015 geplante Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld bei den AKW-GegnerInnen im Mittelpunkt der Diskussion. Für viele BürgerInnen stellte sich die Frage, ob nach der Abschaltung die Versorgungssicherheit weiterhin gesichert sei. Inzwischen sind beide Fragen eindeutig beantwortet: Ja, das AKW wird termingerecht abgeschaltet und die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Jetzt ist die Frage des Rückbaus aktuell. Das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft führt deshalb am 9. Mai im Seniorenstift Augustinum eine Fachtagung mit hochkompetenten WissenschaftlerInnen durch.

Zusätzlich eskaliert jedoch der Streit um die zwei geplanten Stromtrassen nach Bayern. Bei der Süd-Ost-Trasse war von Anfang an klar war, dass dort vor allem umweltschädlicher Braunkohlestrom aus den Tagebauen in der Lausitz nach Bayern transportiert werden soll. Das stieß sehr früh auf massiven Widerstand der Umweltbewegung sowie der ortsansässigen Bevölkerung, was auch in der CSU und sogar der Bayerischen Staatsregierung zu höchst unterschiedlichen Reaktionen geführt hat. Inzwischen ist diese Trasse eher infrage gestellt.

Anders bei der weiter westlich geplanten Trasse SuedLink. Hier behaupten Bundesnetzagentur und Netzbetreiber TenneT unisono: Hier soll angeblich überschüssiger Windstrom aus dem Norden nach Bayern geschafft werden, um die durch die Abschaltung der bayerischen AKW entstehende Stromlücke zu schließen. Die betroffene Bevölkerung jedoch glaubt das nicht. Zu oft wurden die Menschen in der Vergangenheit bei der Energiepolitik von Betreibern und ihren politischen Nachbetern angelogen und betrogen.

Stromtrassen nur für den Export?

Auch ernst zu nehmende Wissenschaftler wie Prof. Dr. Jarass von der Universität Regensburg bezweifeln die offiziellen Angaben: Jarass weist nach, dass der im Norden Deutschlands produzierte Windstrom im Wesentlichen

auch dort verbraucht wird. Die seiner Meinung nach seltenen Starkwindspitzen rechtfertigten nicht den Bau dieser riesigen Trassen, die immense Kosten verschlingen und die einzelnen VerbraucherInnen zusätzlich bei den Stromkosten belasten würden. Sinn mache die SuedLink nur bei gleichzeitiger Einspeisung von Kohlestrom, der aber dann hauptsächlich für den Export bestimmt sei. Die Stromlücke von etwa 5 GW durch den Ausfall der AKW kann bereits durch die „Thüringer Strombrücke“ (2 GW), die 2016/17 fertig gestellt werden soll, sowie weitere Stromleitungen aus Hessen, Thüringen und Österreich, die bereits bestehen, ausgeglichen werden.

„Braunkohlekraftwerke im Westen und im Osten ersetzen mit starken neuen Übertragungsleitungen die bayerischen Kernkraftwerke. Das ist eine technisch einfache und sichere Lösung, die aber viele kommunale und private



Einige hundert Menschen haben am 21.2. in Berggrheinfeld gegen die geplante SuedLink Stromtrasse protestiert.

Energiewende-Investitionen gerade in den strukturschwachen Gegenden Ost- und Nordbayerns konterkariert und damit die ganze Energiewende in Bayern politisch obsolet macht. Auch deshalb haben sich alle betroffenen Landkreise strikt gegen die geplanten neuen Leitungen von Ostdeutschland nach Bayern ausgesprochen“, so Jarass. Zudem machten die Monstertrassen den Betrieb in Bayern bereits bestehender moderner Gaskraftwerke unrentabel, sodass diese abgeschaltet werden müssten. Und: Kritische Versorgungslagen seien nicht durch erneuerbare Energien bedingt, sondern durch den zunehmenden Export von Kohlestrom.

Macht SuedLink Energiewende kaputt?

Laut Gesetz sollen erneuerbare Energien bei der Einspeisung Vorrang vor konventionellen Stromquellen haben. Das werde aber, so auch die Umweltverbände, durch die Trassenpolitik konterkariert und somit der auch aus Klimagründen gewünschte Aus- und Umbau zu regenerativen Energien be- bzw. sogar verhindert. SuedLink sei demnach also nicht, wie TenneT in einer Hochglanzbrochure behauptet, die „Hauptschlagader der Energiewende“, sondern das genaue Gegenteil. Deshalb fordern Umweltbewegung wie unabhängige WissenschaftlerInnen von Betreibern und Politik erst einmal den Nachweis, dass die SuedLink tatsächlich zur Stromversorgung der bayerischen Haushalte notwendig ist. Dieser Beweis wurde bisher nicht geliefert. Auch die Bayerische Staatsregierung ist mittlerweile ins Wanken geraten und Ministerpräsident Seehofer fordert ein Moratorium, um diesen Nachweis zu erbringen, da Bayern bisher zur Überbrückung schadstoffärmeren Gaskraftwerken den Vorzug gibt.

*Jürgen Wilk,
Nachrichten & Standpunkte*

Arbeitsüberlastung im Jobcenter verzögert Hartz-IV-Leistungen:

HAMBURG. 15 Personalräte des Jobcenters Hamburg haben einen Brandbrief an die Bundesregierung, den Hamburger Senat und an die Geschäftsführung des Jobcenters geschrieben, um auf die Arbeitsüberlastung der 2200 Mitarbeiter durch das neue Computerprogramm „Allegro“ und das neu eingeführte „Vier-Augen-Prinzip“ in der Leistungsabteilung hinzuweisen. Die Folgen seien Verzögerungen in der Bearbeitung von Hartz-IV-Leistungen. Der Personalrat fordert deshalb 128 zusätzliche Stellen. Dazu erklärt Inge Hannemann, Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Eine permanente Arbeitsüberlastung, gerade in der Leistungsabteilung, ist ein anhaltendes Problem in den Jobcentern. Seit Jahren wurden durch die Bundesregierung Gelder in der Grundsicherung radikal gekürzt. Der tatsächliche Betreuungsschlüssel von derzeit 1:158 wird auf 1:126 künstlich herunter gerechnet, indem Mitarbeiter der Eingangszone oder Teamleiter auf einmal zum Team ‚Leistung‘ gehören – selbst wenn sie keine Anträge bearbeiten. Den Mitarbeitern und den Erwerbslosen ist nicht damit geholfen, wenn die Geschäftsführung des Jobcenters einen Mehraufwand feststellt, jedoch nichts unternimmt.“ Hier erhofft sich Hannemann Druck durch den Einsatz von Verdi für die betroffenen Beschäftigten und fordert zudem, dass die Trägerversammlung des Jobcenters ihre Ablehnung für weitere Personalstellen, insbesondere im Leistungsbereich, zurücknimmt. „Denn die Folgen des dramatischen Personalmangels in den Jobcentern dürfen nicht auf dem Rücken der Erwerbslosen und Mitarbeiter ausgetragen werden. Gerade Erwerbslose, die mit jedem Cent rechnen müssen, müssen sich darauf verlassen können, dass sie wenigstens ihr Arbeitslosengeld II rechtzeitig erhalten.“

www.die-linke-hamburg.de

Stromsperrungen sind an der Tagesordnung: **NORDERSTEDT.** Zahlreichen Kunden der Stadtwerke wird Monat für Monat der Strom abgedreht. Dies geht aus der Beantwortung eines Prüfantrages des Stadtwerkeausschusses hervor. Anlass war ein SPD-Antrag zur Einführung von Prepaid-Zählern. Durch dieses Verfahren können Kunden ein Guthaben in Form einer Chip-Karte oder eines Codes erwerben und über einen speziellen Stromzähler aktivieren. Ist das Guthaben aufgebraucht, wird der Strom automatisch abgeschaltet. Die SPD ging in ihrer Antragsbegründung davon aus, „dass Menschen mit geringem oder nicht regelmäßigem Einkommen von Stromsperrungen nicht oder wesentlich weniger betroffen

werden.“ Dem widersprach Die Linke, da z.B. Hartz IV-Empfänger einen viel zu geringen Anteil am Regelsatz für Energie hätten. In dem Regelsatz für Energie sei lediglich ein Anteil von 33,36 Euro monatlich für Energie, Wohnen und Wohninstandhaltung enthalten. Der reine Anteil für Strom sei damit wesentlich geringer als von Sozialverbänden gefordert. Ein Prepaid-Zähler könne diesen Umstand nicht ausgleichen. Am Ende stünde der Prepaid-Kunde ohne Strom da, nur dass er nicht von den Stadtwerken vom Netz genommen würde, sondern sich quasi selber den Strom abdrehe. Für Bündnis90/Die Grünen gab es noch zu viele offene Fragen. Die Fraktion stellte daher einen Prüfauftrag zur Abstimmung, der dann einstimmig angenommen wurde. Aus der Antwort der Werkleitung geht hervor, dass es monatlich zu 250 Sperrandrohungen kommt. Dabei beziehen sich die Stadtwerke auf § 19 StromGVV, wonach bei einem Zahlungsrückstand von mindestens 100 Euro die Berechtigung (keine Verpflichtung, Anm.d.Red.) für eine Sperrandrohung mit nachfolgender Sperrung besteht. Zu diesem Zeitpunkt sind für den säumigen Zahler bereits Mahnkosten von 15 Euro entstanden. Erfolgt durch einen Mitarbeiter der Stadtwerke dann tatsächlich eine Sperrung, entstehen für das Sperren und Entsperren Kosten von 55 Euro. Zu tatsächlichen Stromsperrungen kommt es bei 30 bis 50 Kunden monatlich. 200 Kunden sind wiederkehrend säumige Zahler.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Einwohnerschwund verhindern: **BITTERFELD-WOLFEN.** In welche Richtung soll sich die Stadt Bitterfeld-Wolfen bis 2025 entwickeln und was sind die notwendigen Schritte dafür? In Bitterfeld-Wolfen muss es gelingen, mehr Zuzug als Fortzug zu erreichen. Nach der Einwohnerzahl sind wir vom 4. auf den 6. Platz in Sachsen-Anhalt abgerutscht. Nicht mehr nur die Arbeitsplätze entscheiden über Hierbleiben, Herkommen oder Wegziehen, sondern auch die nicht ausreichend vorhandenen bedarfsgerechten Wohnungsangebote mit günstigem Preis-/ Leistungsverhältnis. Die bisherigen und geplanten erzwungenen Umzüge aus Rückbaugebieten mit bedarfsgerechten Wohnungszuschnitten führen deshalb auch zu vermeidbaren Einwohnerverlusten. Mit dem Einwohnerschwund verliert die Stadt jedes Jahr bis zu einer weiteren halben Million Euro Finanzausstattung. Es lohnt sich also gegenzusteuern, statt nur anzupassen. Dafür sind jedoch ganzheitliche Betrachtungen für die nachhaltige Entwicklung lebenswerter Wohngebiete erforderlich. Ein wohnungspolitisch nur an den wirtschaftlichen Interessen der

großen Wohnungsunternehmen ausgerichtetes Stadtentwicklungskonzept kann diese Anforderung nicht erfüllen und wird nur punktuell den benötigten Erfolg bringen. Nicht vollendete Tatsachen, sondern die Beteiligung aller Bürger an der Konzeptentwicklung garantiert den Erfolg.

www.dielinke-anhalt-bitterfeld.de

Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt. **HALLE (SAALE).** Zum Antrag der Fraktion Die Linke/Die Partei „Prüfung einer Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt Halle...“ erklärte der kulturpolitische Sprecher der Fraktion, Rudenz Schramm: „Wir sind davon überzeugt, dass die Einführung einer Kombi-Eintrittskarte für alle Museen, Touristen, aber auch HallenserInnen motivieren werden, am kulturellen Reichtum der Stadt Halle (Saale) zu partizipieren. Und natürlich gewinnt Halle über die Grenzen des Landes an Attraktivität!“ Bis September 2015 soll nach Auffassung der Fraktion die Stadtverwaltung prüfen, wie diese Kombikarte, die es kostengünstig ermöglichen soll, alle städtischen Museen zu besuchen – für einen Zeitraum von mindestens 48 bzw. 72 Stunden – konzipiert werden kann. Dabei sollten Preistaffeln für Familien und anderen Berechtigten vorgesehen und möglichst Verkehrsdienstleistungen der HAVAG einbezogen werden.

www.dielinke-halle.de

Freie Fahrt für Flüchtlinge und Geringverdiener! **STUTTGART.** Am Mittwochabend überreichte Barbara Rochlitzer, Kreissprecherin Die Linke, Stuttgart und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, dem Freundeskreis Böblinger Straße, Mehrfahrtenkarten für Flüchtlinge im Wert von ca. 250 Euro. Diese Fahrkarten haben Mitglieder der Partei Die Linke gespendet, darunter sind auch Spenden von Menschen, die über ein sehr niedriges Einkommen verfügen. Da Barbara Rochlitzer selbst im Freundeskreis aktiv ist, weiß sie wie wichtig Mobilität für Flüchtlinge ist. Auch das Sozialticket, das zumindest ein Schritt in die richtige Richtung ist und von den Linken unterstützt wird, ist mit 41 Euro für eine Zone, für Flüchtlinge und Geringverdienende immer noch zu teuer. Die Linke Stuttgart fordert deshalb einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für Stuttgart. Der erste Schritt wäre freie Fahrt für Flüchtlinge und Geringverdiener!

www.stuttgart.die-linke-bw.de

Container und Turnhallen sind tabu: **LÜBECK.** Da die Hansestadt sich leider bisher nicht mit ausreichender Energie um die Schaffung von neuen, zusätzlichen Wohnungen gekümmert hat, können dort nun auch keine Flüchtlinge untergebracht werden. Zusätzlicher Wohnraum, dezentral und mit guter

Anbindung an das öffentliche Leben fehlt an allen Ecken und Enden. Dass die Lösung zur Unterbringung der anscheinend von der Verwaltung nicht erwarteten Zahl ankommender Flüchtlinge in Lübeck nun die Unterbringung in Schulturnhallen und einem Containerdorf sein soll, ist für Die Linke ein Unding. „Seit Beginn der Diskussion weisen wir darauf hin, dass etwas passieren muss. Bisher hörten wir von vielen Seiten, dass genügend preiswerter Wohnraum vorhanden sei. Nun fragen wir uns berechtigter Weise, wo dieser denn ist – wenn nicht mal einige Hundert Flüchtlinge mehr als erwartet untergebracht werden können?“, sagt Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der Linken Bürgerschaftsfraktion. Stets betonte die Verwaltungsspitze, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden sei und das Augenmerk auf der Schaffung neuer Einfamilienhausbauplätze liegen müsse. Für Die Linke steht fest, dass sie die Unterbringung von Flüchtlingen in Containern und Turnhallen ablehnt und sich weiterhin für dezentrale Unterbringung in kleinen Wohneinheiten einsetzt.

<http://www.die-linke-luebeck.de>

Oberbürgermeister appellieren an Länder und Bund: Unterbringung und Integration stärker unterstützen. MAGDEBURG. Die ostdeutschen Städte sind weiterhin bereit, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen und ihre Integration in die Gesellschaft tatkräftig zu unterstützen. Um diese Aufgabe möglichst gut zu gewährleisten, appellieren die Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte an die Landesregierungen und den Bund, die Städte finanziell von den Kosten für die Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu entlasten. Das erklärte der Deutsche Städtetag heute nach einer Konferenz der Oberbürgermeister der Städte in den neuen Ländern in Magdeburg. Die bisher von Ländern zugesagten Verbesserungen durch höhere Pauschalen pro Asylbewerber bzw. Flüchtling seien anzuerkennen, doch reiche die finanzielle Beteiligung in einem Teil der Länder weiterhin nicht aus, um die Kosten der Kommunen abzudecken. Die Länder müssten zudem die vom Bund für 2015 und 2016 bereitgestellten Finanzmittel vollständig an die Kommunen weiterleiten. Und vom Bund erwarten die Städte, dass er sich dauerhaft an der Finanzierung der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt. Die Oberbürgermeister riefen die Länder auf, auch den Dialog mit den Kommunen über die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu verbessern. Die Städte müssten sich auf die Unterbringung einstellen können, um Unterkünfte angemessen herzurichten.

Das lasse sich vor allem dann gewährleisten, wenn die Menschen zunächst möglichst lange in den Landeseinrichtungen bleiben. Die Kommunen wollen sich besonders auf die Unterbringung von anerkannten Asylbewerbern, Geduldeten und Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention konzentrieren können.

www.staedtetag.de

Keine Rosinenpickerei der Telekom beim Breitbandausbau erlauben:

BERLIN. Der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) lehnen den Antrag der Deutschen Telekom bei der Bundesnetzagentur auf Sicherung eines Exklusivrechts zum Einsatz der Vectoring-Technologie im Nahbereich der Hauptverteiler (HVT) beim Breitbandausbau ab. „Wir sind gegen eine derartige Rosinenpickerei. Sollte die Bundesnetzagentur dem Antrag stattgeben, käme es im ländlichen Raum zu einer weiteren Zerstückelung in wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Gebiete“, machten beide Verbandspräsidenten deutlich. Dabei würde der Einsatz von Vectoring – einer technischen Verbesserung des bestehenden, alten Kupfernetzes – keinen nennenswerten Beitrag zur Verwirklichung der Breitbandziele der Bundesregierung leisten. Vectoring im HVT-Nahbereich bewirkt lediglich, dass ohnehin bereits gut versorgte Haushalte noch besser versorgt werden können“, so Sager und Gönner. „Was wir aber benötigen, ist ein möglichst flächendeckender Glasfaserausbau – hierzu leistet der Antrag der Telekom keinen Beitrag.“ DLT und VKU stellten fest, es sei unbestreitbar, dass der Breitbandausbau zu wirtschaftlich tragbaren Bedingungen nur dann gelingt, wenn ein Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und beispielsweise aufgrund ihrer Abgeschiedenheit weniger wirtschaftlichen Versorgungsbereichen hergestellt werden kann. „Die Verleihung eines Exklusivrechts würde zu einer Finanzierungslücke bezogen auf die nicht mit Vectoring erschließbaren Landesteile führen, die letztlich mit staatlichen Fördermitteln geschlossen werden müsste. Insbesondere würde man die immer noch vorhandenen ‚weißen Flecken‘ im ländlichen Raum so nicht schließen“, verdeutlicht Sager und Gönner. „Von daher läuft das Ansinnen der Telekom einer Politik des flächendeckenden Breitbandausbaus zuwider.“ Nur die Glasfaser-Technologie ist langfristig zukunftsfähig“, so Sager und Gönner. „Es sind gerade die Kommunen und ihre Unternehmen, die den flächendeckenden Ausbau in ihrem Versorgungsgebiet vorantreiben.“ Die Einräumung eines Exklusivrechts zugunsten der Telekom würde zu einer Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen führen und die bereits ge-

tätigten Infrastruktur-Investitionen, gerade auch der kommunalen Wettbewerber, entwerten. Gleiches gilt für die alternativen Netzbetreiber. Auch könnten Landkreise und kommunale Unternehmen bei kreisweiten Ausbauprojekten beziehungsweise in ihrem Versorgungsgebiet kein Vectoring im HVT-Nahbereich einsetzen. „Das sollte die Bundesnetzagentur nicht ermöglichen“, so beide Verbandspräsidenten.

www.landkreistag.de

Null Toleranz bei Übergriffen auf Flüchtlingen und gegen Einschüchterung von Politikern:

BERLIN. DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg hat die Anfeindungen von Rechtsextremen, durch die sich ein Bürgermeister in Sachsen-Anhalt zum Rücktritt gezwungen sah, scharf verurteilt. In der deutschen Gesellschaft muss immer wieder für die humanitäre Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme geworben werden. „Wir müssen uns mit dem Widerstand, der teilweise vor Ort entsteht, auseinandersetzen“, so Landsberg. Auch viele gute Beispiele, die aufzeigen, dass Flüchtlinge aus Lebensgefahr gerettet werden konnten, in Deutschland aufgenommen wurden und nach wenigen Monaten einen Arbeitsplatz fanden, könnten über eine Informationsplattform kommuniziert werden, betonte der Hauptgeschäftsführer: Die Situation in Tröglitz ist sicher ein Einzelfall, die ganz große Mehrheit der Bevölkerung sieht die Notwendigkeit, Flüchtlingen zu helfen und beteiligt sich daran. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert seit langem eine nationale Informationsplattform die einerseits informiert, gute Beispiele transportiert aber auch Hilfe organisieren kann, wenn es in Einzelfällen wie in Tröglitz zu schwierigen Situationen kommt. Die mediale Aufmerksamkeit und das deutliche Bekenntnis auch der Aufsichtsbehörden wären vor einem Rücktritt des Ortsbürgermeisters notwendig gewesen. Generell muss der Grundsatz gelten „Nulltoleranz bei Übergriffen auf Flüchtlinge oder Einschüchterungsversuchen gegenüber politischen Entscheidungsträgern“. Andererseits müssen wir im Hinblick auf die weiter steigenden Zahlen von Asylbewerbern (2015 voraussichtlich 300 000) immer wieder dafür werben, dass es unsere humanitäre Verpflichtung ist, diesen Menschen zu helfen. Das funktioniert allerdings nur, wenn Flüchtlingszuweisungen in die Kommunen nicht zu kurzfristig erfolgen. Notwendig ist nämlich nicht nur die Vorbereitung von möglichst dezentralen Unterkünften, sondern eine Informationskampagne vor Ort, wer kommt wann und warum.

www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Kommunale Politik

Nachts im Krankenhaus

Verdi erfragte die Arbeitsbedingungen an dreißig Krankenhäusern in Baden-Württemberg, davon vier in Rhein-Neckar

„Es braucht Regelungen, die dafür sorgen, dass nachts mindestens zwei Pflegekräfte für eine Station zuständig sind. Es ist wichtig, die Empfehlungen der Fachgesellschaften für Intensivpflege auch nachts einzuhalten. Gesetzliche Vorgaben, die dies sicherstellen, wären die ersten Schritte in die richtige Richtung. Wenn das erledigt ist, muss die Politik dafür sorgen, dass sich auch tagsüber das Verhältnis von Pflegekräften zu Patienten verbessert“, meint Jürgen Lippl.

Die Gewerkschaft Verdi hat bundesweit an 225 ausgewählten Krankenhäusern einen Nachtdienstcheck durchgeführt, um sich ein Bild von der Arbeitssituation im Nachtdienst zu machen. In Baden-Württemberg waren es 28 Kliniken, die begangen wurden, davon vier in Heidelberg, Mannheim und Rhein-Neckar-Kreis. Seit geraumer Zeit beklagen die Beschäftigten in Krankenhäusern den Personalmangel und die prekäre Arbeitssituation. In deutschen Krankenhäusern gibt es insgesamt zu wenig Stellen für Pflegekräfte und andere Beschäftigtengruppen.

Nachts ist die Personaldecke besonders dünn. In der Regel ist auf einer Normalstation nur eine Pflegekraft an-

wesend. Je nach Größe der Station betreut diese Pflegekraft maximal bis zu vierzig Patienten. Für Intensivstationen empfehlen die Fachgesellschaften, dass zwei Patienten von einer Pflegekraft betreut werden. Das ist tagsüber schon oft nicht gewährleistet, nachts sind es bis zu vier Intensiv-Patienten, die von einer Fachkraft alleine betreut werden.

Verdi hat danach gefragt, wie viele Patienten nachts von einer Pflegekraft betreut werden. Weiter wurde nach der Häufigkeit gefragt, mit der erforderliche Tätigkeiten unterlassen wurden, nach gefährlichen Situationen im Nachtdienst in den letzten vier Wochen und danach, wie oft die Händedesinfektion aufgrund der Engpasssituation unterbleibt und ob eine ungestörte Pause möglich war.

Im Durchschnitt betreut eine Pflegekraft im Nachtdienst 19 Patienten auf einer Normalstation. In mehr als der Hälfte aller Fälle (55 Prozent) muss eine Pflegekraft allein 25 Patienten betreuen. Auf den Intensivstationen sind es durchschnittlich 3,3 Patienten pro Pflegekraft. Bei dieser Besetzung muss nicht viel geschehen, damit wichtige Dinge unerledigt bleiben. Dies zeigen auch die Antworten auf die anderen Fragen.

Intensivstationen etwas günstiger ist als im Bundesdurchschnitt, sind die Aussagen bezüglich des Wegfalls notwendiger Tätigkeiten etwas schlechter als im Bundesdurchschnitt. Was die Aussagen bezüglich vermeidbarer gefährlicher Situationen angeht, liegt Baden-Württemberg sogar um 7% über dem Bundesdurchschnitt. – Die landesweiten Ergebnisse geben weitgehend das Bild für Rhein-Neckar wieder: Der Durchschnitt der Patienten pro Pflegekraft liegt hier bei 19 (Normalstation). Allerdings gaben 78% der Pflegebeschäftigten an, dass sie keine ungestörte Pause machen können. 68% der Befragten geben an, dass es in den letzten vier Wochen gefährliche Situationen für Patienten gab, die mit mehr Personal vermeidbar gewesen wären. 14,3% der Pflegekräfte geben an, dass sie immer alle erforderlichen Tätigkeiten erledigen können. 22,1% sagen, dass erforderliche Tätigkeiten selten wegfallen, 23,4% geben an, erforderliche Tätigkeiten manchmal und 40% oft wegen des Zeitdrucks nicht erledigen zu können. Immerhin rund 13% Pflegekräfte haben voll bestätigt, dass zum Beispiel die Händedesinfektion wegen des hohen Arbeitsdrucks vernachlässigt wird.

„Schon im Routinebetrieb ist es nachts kaum möglich, allen Patienten gerecht zu werden. Wenn dann noch Patientenaufnahmen, unruhige Patienten, Patienten in kritischem Zustand oder Notfallsituationen hinzukommen, ist die Arbeit für eine einzelne Pflegekraft oft nicht mehr zu schaffen“, sagt Irene Gölz, Verdi-Landesfachbereichsleiterin.

Politisch Verantwortliche reden von der hohen Versorgungsqualität in Deutschland. Diese hohe Qualität wird in einer aktuellen Studie daran festgemacht, dass es 7,3 Klinikbetten pro tausend Einwohner gibt. „Das ist zwar Weltrekord bei den Klinikbetten pro Einwohner, aber Betten versorgen keine Patienten. Pflegekräfte und andere Berufe im Krankenhaus versorgen Patienten. Sie sind entscheidend für die Qualität der Versorgung“, sagt Jürgen Lippl, als Gewerkschaftssekretär zuständig für die Krankenhäuser in Baden-Württemberg. „Bei den Pflegekräften pro Patient hat Deutschland im Vergleich der Industrieländer die rote Laterne.“

In Deutschland betreut eine Pflegekraft 10,3 Patienten gleichzeitig. In Großbritannien sind es 7,7 Patienten pro Pflegekraft und in den Niederlanden nur 4,9 Patienten pro Pflegekraft. Was bedeutet diese Besetzungssituation konkret für die Patienten? Überlastungsanzeigen von Pflegekräften sind hier sehr aufschlussreich. Sie geben an, dass sie auf Patientenklängen nicht zeitnah reagieren können, dass sie es nicht schaffen pflegebedürftige Patienten ausreichend beim Essen und Trinken zu unterstützen und dass sie Medikamente nicht zeitgerecht verabreichen können. Hier liegt die Qualität der Versorgung im Argen. Weder mehr Wettbewerb noch mehr Kontrollen werden hieran etwas verändern. Das ist nur mit mehr Personal zu verbessern. Das derzeit von der Bund-Länder-Kommission in Aussicht gestellte Pflegeförderprogramm bringt eine Pflegekraft mehr pro Klinik. Damit ist das Problem nicht zu lösen.

„Es braucht Regelungen, die dafür sorgen, dass nachts mindestens zwei Pflegekräfte für eine Station zuständig sind. Es ist wichtig, die Empfehlungen der Fachgesellschaften für Intensivpflege auch nachts einzuhalten. Gesetzliche Vorgaben, die dies sicherstellen, wären die ersten Schritte in die richtige Richtung. Wenn das erledigt ist, muss die Politik dafür sorgen, dass sich auch tagsüber das Verhältnis von Pflegekräften zu Patienten verbessert“, meint Jürgen Lippl.

„Endlich fragt uns mal einer, wie es wirklich uns geht“, war die häufigste Entgegnung, die wir bei der Begehung hörten. Die Pflegefachkräfte haben sich trotz der hohen Arbeitsanforderungen ein paar Minuten der Befragung zugewandt, „dafür bedanken wir uns“, sagt Silke Hansen, Gewerkschaftssekretärin.

Verdi Rhein-Neckar

Allein auf weiter Flur

Es ist auffällig, über 50% der Pflegebeschäftigten geben an, dass im Nachtdienst eine ungestörte Pause nicht möglich ist. In Rhein-Neckar geben dies sogar 78% der Pflegebeschäftigten an. Nur 16,5% der Pflegekräfte geben an, dass sie immer alle erforderlichen Tätigkeiten erledigen können. 15,5% sagen, dass erforderliche Tätigkeiten selten wegfallen, 23,1% geben an erforderliche Tätigkeiten manchmal und 17,3% oft wegen des Zeitdrucks nicht erledigen zu können. Immerhin rund 20% Pflegekräfte haben bestätigt, dass zum Beispiel die Händedesinfektion wegen des hohen Arbeitsdrucks vernachlässigt wird. Zwar werden die Hände regelmäßig desinfiziert, aber oft ist keine Zeit, die Einwirkzeiten abzuwarten. Etwa 40 Prozent aller Befragten geben an, dass es in den letzten vier Wochen gefährliche Situationen für Patienten gab, die mit mehr Personal vermeidbar gewesen wären.

Diese bundesweiten Ergebnisse decken sich weitgehend mit den Angaben der Befragten in den Krankenhäusern in Baden-Württemberg. Obwohl der Durchschnitt der Patienten pro Pflegekraft in Baden-Württemberg bei 18 Patienten auf der Normalstation und bei 3,0 Patienten pro Fachkraft auf den

Amazon: Der Kampf geht weiter ...

Mit Streiks und (Nicht-)Kunden für Tarifvertrag und Respekt!

Seit dem 9. April 2013 streiken immer wieder Beschäftigte bei Amazon für ihre Forderungen. Ziel ist ein Tarifvertrag mit Verdi, der die gängigen, regionalen Tarifregelungen des Einzel- und Versandhandels beinhaltet. Neben der untertariflichen, oft nicht existenzsichernden Bezahlung bei Amazon spielen weitere Faktoren eine wichtige Rolle: geringe Wertschätzung, mangelnder Respekt und Dauerkontrollen der Beschäftigten, große Unsicherheiten für die vielen befristet Beschäftigten, Erhöhung der Löhne und Gehälter nach Gutsherrenart: Amazon entscheidet alleine, ob, wann und wie viel es mehr gibt. Ohne Gewerkschaft und ohne Tarifvertrag. Hoher Leistungsdruck unter ständiger Kontrolle und krankmachende Arbeitsbedingungen führen zu einem außergewöhnlich hohen Krankenstand von 15 bis 20 Prozent.

In Deutschland arbeiten in neun Versandhandelszentren ca. 15 000 Stammbeschäftigte, davon 9000 unbefristet und 6- bis 7000 befristet Beschäftigte sowie je „nach Bedarf“ ca. 14 000 Saisonkräfte. Durch die Weigerung, den Einzel- und Versandhandelstarifvertrag anzuwenden, „spart“ Amazon beträchtliche Personalkosten: Ein Einstiegslohn von 10,11 Euro bei Amazon bedeutet 1 698 Euro brutto Monatslohn – gegenüber 2.098 Euro, die den Beschäftigten tariflich zustünden. 400 Euro Weihnachtsgeld – statt 1.311 Euro tariflich, kein Euro Urlaubsgeld und 28 Tage Urlaub – statt 1.182 Euro und 30 Tage Urlaub nach Tarif, 38,75-Stundenwoche für die Gewerblichen / 40 Stunden für Angestellte und Azubis – statt 37,5 Stunden tariflich.

Amazon – ein globaler Gewerkschaftsgegner

120 000 Beschäftigte erarbeiteten 2013 einen weltweiten Umsatz von 56 Mrd. Euro. Das Vermögen des Gründers Jeff Bezos stieg seit 1994 durch ihrer Hände Arbeit auf ca. 25 Mrd. Dollar. In Deutschland wuchs der Umsatz zwischen 2010 und 2013 von 3,9 Mrd. auf 7,7 Mrd. Euro. Damit ist Amazon die absolute Nr. 1 im Online-Handel: das Dreifache an Umsatz gegenüber Otto und das Achtfache gegenüber Zalando, den beiden wichtigsten Konkurrenten hierzulande. Zum Zweck der „kreativen Steuervermeidung“ firmiert Amazon.de als hundertprozentige Tochter der europäischen Holding in Luxemburg. Ergebnis 2012: Bei 6,4 Mrd. Euro Umsatz in Deutschland wurde ein Vorsteuergewinn von ganzen 10,2 Millionen Euro und eine Steuerzahlung von

3,2 Mio. Euro ausgewiesen. Mit dieser wirtschaftlichen Macht und dem ständig steigenden Marktanteil im seit über einem Jahrzehnt stagnierenden Umsatz des Einzel- und Versandhandels entscheiden die Arbeitsbedingungen und eine Tarifbindung bei Amazon auch über die Situation in der ganzen Branche.

22 Monate Streiks und Aktionen ...

Inzwischen fanden von Verdi ausgerufene Streiks unterschiedlicher Dauer an den sechs Standorten Bad Hersfeld, Leipzig, Koblenz, Graben (Bayern), Rheinberg und Werne (beide NRW) statt. Die Struktur der Belegschaften erschwert Arbeitskämpfe. Derzeit beteiligt sich daran ungefähr ein Drittel, ein Drittel ist gegen Streiks, ein Drittel – vor allem die befristet Beschäftigten – hat zwar Sympathie für die Streiks, hofft jedoch auf eine Weiterbeschäftigung bei Nichtteilnahme. Bemerkenswert sind die Kontakte zu und Besuche bei Amazon-Belegschaften u.a. in Frankreich und Polen. Im Dezember 2014 streikte in Chalon-sur-Saône die



Belegschaft – nach Verdi-Angaben aus Solidarität mit den Streikenden in Deutschland. In der Vorweihnachtszeit kam es zu den bislang massivsten Streiks – laut Verdi beteiligten sich 2.700 Beschäftigte. Amazon versuchte die auftretenden Lieferschwierigkeiten durch Verlagerung der Belieferungen in die Logistikzentren in Frankreich, Polen, Tschechien und England zu mildern. Hierzu die mit Vorsicht zu genießenden Amazon-Angaben: Es gab 20 Prozent mehr Bestellungen als im Weihnachtsgeschäft 2013, und die den Kunden garantierten kurzen Lieferfristen konnten eingehalten werden. Anderslautende Kundenäußerungen lassen dies eher als übliche „Arbeitskampffprosa“ erscheinen, wie man sie von Unternehmen kennt: keine Streikfolgen im Betrieb, zufriedene Kunden, steigende Umsätze, kurzum wirkungsvolle Streiks.

Die Streiks gingen auch im neuen Jahr weiter. Am 13. Januar rief Verdi in Leipzig die Beschäftigten zur Arbeitsniederlegung im laufenden Betrieb auf.

Eine wirksame, weil den Arbeitgeber mit seinen Führungskräften überraschende Aktion, die Schule machen sollte.

Solidarische Unterstützung – jetzt auch mit Postkarten

Zahlreiche Formen der Solidarität sind bisher entstanden: Leserbriefe, Blogs, Schreiben und Beschwerden an Amazon, Fahrten zu den Streikenden, Spenden und Veranstaltungen, Fahrten zu Amazon-Belegschaften in Frankreich, Polen und Tschechien. In Kassel organisiert ein reger Solidaritätskreis Aktionen vor Ort und anderswo. In Leipzig ist seit Langem ein „Solidaritätsbündnis“ aktiv. Aufsehen erregte am 7. November 2014 eine Drohne, die in Leipzig symbolisch einen Tarifvertrag brachte. Auch in Berlin ist ein Soli-Kreis aktiv und in anderen Städten entstehen welche, wenn auch noch wenige. Da könnte Verdi als Gewerkschaft mit all ihren lokalen und regionalen Gliederungen deutlich mehr tun. Eigenwilliges Verhalten von KundInnen verschafft Amazon Arbeit und Kosten: Bestellungen mit mehreren Artikeln werden ausgepackt, begutachtet und getrennt zurückgeschickt. Diese Retouren sind für alle Versandhändler ein Gräuel, da personal- und sachkostenintensiv.

Schon über 35 000 Menschen haben sich an einer Internet-Petition beteiligt, die der in Bad Hersfeld bei Amazon beschäftigte Christian Krählting, ein Verdi-Aktiver, ins Leben gerufen hat. (Siehe: <http://kurzlink.de/change-amazon> und www.change.org/amazon-sei-fair)

Am 2. Dezember 2014 wurde von ehemaligen Verdi-Gewerkschaftssekretären eine Postkartenaktion* für die Streikenden bei Amazon gestartet. 85 Erst-UnterstützerInnen aus vielen Teilen der Gesellschaft – bundesweit Prominente und lokal Aktive aus Wissenschaft, Politik und Kunst – rufen dazu auf, dem Deutschland-Chef von Amazon, Ralf Kleber, eine Postkarte zu schicken. Dadurch unterstützen sie Forderungen nach einem Tarifvertrag und die Kraft der Streikenden. Amazon soll so begreifen, dass es nicht nur mit den Streikenden und deren Gewerkschaft Verdi, sondern auch mit solidarischen Menschen aus der Zivilgesellschaft zu tun hat. Bekannte PolitikerInnen und Abgeordnete aus Bundestag, Europaparlament und Landtagen, darunter der Fraktionsvorsitzende der Grünen Anton Hofreiter und die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Linken Sarah Wagenknecht, der Afa-Vorsitzende

Klaus Barthel (SPD), der Vorsitzende der Linken Bernd Rixinger sowie die grünen Europa-ParlamentarierInnen Ska Keller und Reinhard Bütikofer, bekunden ihre Solidarität mit den Streikenden bei Amazon. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören auch engagierte Künstler wie der Theaterregisseur Volker Lösch, die Autoren Raul Zelik und Wolfgang Schorlau sowie zahlreiche ProfessorInnen wie Elmar Altvater und Bodo Zeuner, Ingrid Kurz-Scherf, Frank Deppe und Frigga Haug.

Neben diesen Solidaritätsaktionen aus der Gesellschaft bietet zunehmend auch Verdi Möglichkeiten zur Beteiligung an. KundInnen, die mit einer Amazon-Lieferung unzufrieden sind, können Retourenaufkleber (<http://kurzlink.de/labournet-retour>) ordern, die den Paketzustellern und den Beschäftigten, die den Amazon-Posteingang bearbeiten, wahrnehmbar zeigen, dass der Arbeitskampf von KundInnen zur Kenntnis genommen und unterstützt wird. Mitte Januar 2015 hat Verdi jetzt eine eigene Postkartenaktion zur

anton kobel, Quelle: *express*, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 1/2015, (Aus Platzgründen gekürzt)

Unterstützung der Streikenden gestartet. Angesichts der Bedeutung dieses Arbeitskampfes für die Beschäftigten, Verdi und die gesamte Branche Einzelhandel ist weitere Solidarität notwendig, auch um beispielhaft einen global agierenden Konzern zu resozialisieren. Motto: Phantasie an die Macht! Anmerkung *)

Auch der Autor dieses Textes gehört zu den Initiatoren. Inzwischen sind 40 000 Postkarten im Umlauf. Postkarten können bezogen werden bei: Redaktion *express* / AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt; email: express-afp@online.de; Tel. 069-679984; über eine Spende für Druck- und Versandkosten würden wir uns freuen. **Bankverbindung für Spenden:** Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung (AFP e.V.), Sparda-Bank Hessen, BIC: GENODEF1S12, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37; Stichwort: Soli- Postkarte.

Weitere Informationen und Liste der UnterstützerInnen auf www.labournet.de, Stichwort Amazon-Solidarität

E-Commerce 2015: über 50 Milliarden Euro Umsatz wird erwartet.

Webmagazin – Magazin für digitale Arbeit & Kultur. Mo., 31.1.2015. – 52,8 Mrd. Euro sollen dieses Jahr online in Deutschland umgesetzt werden und damit 23,1 Prozent bzw. fast 10 Mrd. Euro mehr als 2014, so eine internationale Untersuchung im Auftrag von *deals.com*. ... Für 2016 wird eine weitere Steigerung von 22,4 Prozent prognostiziert oder ein Online-Handelsumsatz von 64,6 Milliarden Euro. Parallel dazu soll der stationäre Handelsumsatz leicht zurückgehen: Ladengeschäfte werden demnach 2015 voraussichtlich etwa 1,8 Prozent weniger erwirtschaften. Der Online-Handelsumsatz übertraf 2014 in Deutschland alle Erwartungen: 42,9 Milliarden Euro. Damit 8,6 Milliarden Euro mehr als 2013 (34,3 Milliarden). Mit diesem Wachstum um 25 Prozent stieg der Online-Anteil im vergangenen Jahr auf zehn Prozent des deutschen Gesamthandelsvolumens. ... Mehr als jeder Zweite hat 2014 online eingekauft (50,5 Prozent). Mit Pro-Kopf-Ausgaben von 1.054 Euro gehörten die deutschen Online-Käufer auch zu den eifrigsten Shoppnern in Europa. Der europäische Durchschnitt lag 2014 bei 874 Euro und wird für 2015 auf 970 Euro prognostiziert, so die E-Commerce-Studie.

IG Metall: Mehr für alle

Breite Zustimmung zu den Pilot-Abschlüssen der IG Metall in Baden-Württemberg prägte die Diskussionen in den übrigen regionalen Tarifkommissionen. Der Abschluss aus dem Südwesten wurde inzwischen bundesweit übernommen. Breite Unterstützung der IG Metall auch in den Belegschaften: Mehr als 874 000 Beteiligte an den Warnstreikaktionen in den letzten Wochen sorgten für mehr und längere Warnstreiks als je zuvor. Die Arbeitgeber verzeichneten spürbare Produktionsausfälle und beklagten schließlich, dass die Warnstreiks „das Maß des Erträgliches“ überschritten haben.

Der IG Metall ist es gelungen:

- Entgelte und Ausbildungsvergütungen spürbar zu erhöhen (3,4%, Laufzeit 15 Monate, 150 Euro Einmalzahlung).
- Altersteilzeit zu sichern und für die unteren Entgeltgruppen zu verbessern (höhere Aufstockungsbeträge).
- Persönliche Weiterbildung zu regeln und einen Einstieg in die Bildungsteilzeit zu ermöglichen (Rechtsanspruch).

Die Forderungen nach verbesserter Altersteilzeit und Bildungsteilzeit sind nicht einfach die Idee der Tarifabteilung beim Vorstand. Diese Forderungen sind Ergebnis der großen Mitgliederbefragung der IG Metall, an der sich hunderttausende beteiligt haben. Die Arbeitgeber hatten insbesondere bei der Bildungsteilzeit gegengehalten und eine Einigung lange Zeit blockiert,

weil die Weiterbildung aus Sicht der Arbeitgeber ihr Hoheitsgebiet sei.

Das sehen die Beschäftigten ganz anders, und das ist bemerkenswert. Im Gegensatz zu den nach Betriebsinteressen vorgegebenen Bildungskonzepten der Arbeitgeber geht es den Beschäftigten um mehr persönliche Weiterbildung, um selbstbestimmte eigene Lebensplanung. Das jedenfalls ist schon in der Mitgliederbefragung der IG Metall zum Ausdruck gekommen. Umso mehr ist der jetzt durchgesetzte Einstieg in das Thema ein Erfolg.

Die Einstellung der Beschäftigten mag jedoch auch damit zu tun haben, dass die neuen industriellen Umwälzungen (Industrie 4.0) neue Herausforderungen und Anforderungsprofile in den Betrieben bedeuten. Software- und Programmierkenntnisse z.B. werden in immer mehr Tätigkeiten, Aufgaben und Aufgabenstellungen erwartet. Wer will da auf betriebliche Konzepte warten.

Die IG Metall zieht eine insgesamt positive Bilanz, auch in der Mitgliederentwicklung, wenngleich die Altersverteilung in der Mitgliedschaft nach wie vor Sorgen für die Zukunftsfähigkeit bereitet und in der Metall- und Elektroindustrie das Outsourcen ganzer Unternehmensbereiche in nicht oder schlecht tarifierte Branchen (Logistik) neue Herausforderungen stellt.

Bruno Rocker

Struktur und Schwerpunkte des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ beschlossen.

BDI-Nachrichten, Di., 3.3.2015. – Bundesminister S. Gabriel: „Wir haben heute 14 verschiedene Partner aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammengebracht ... Ziel des Bündnisses ist, konkrete Handlungsempfehlungen ... zu entwickeln. Daneben brauchen wir aber auch einen industrie- und gesellschaftspolitischen Dialog. Denn wir benötigen eine höhere Akzeptanz für die Kernfunktionen, die unsere Industrie für Wohlstand, Wachstum, Innovationen und zukunftssichere Arbeitsplätze wahrnimmt.“ BDI-Präsident U. Grillo: „Ziel ist, dass wir im Bündnis eine gesellschaftliche Offensive für industrielle Investitionen und Arbeitsplätze und für größere gesellschaftliche Akzeptanz in Deutschland einleiten. ...“ IG Metall-Vorsitzender D. Wetzel: „... Es geht darum, die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Dafür müssen sich die Bündnispartner auf jene Themen konzentrieren, bei denen sie inhaltlich übereinstimmen. ...“ Handlungsempfehlungen zu den Themen Akzeptanz der Industrie, Stärkung der Investitionstätigkeit, Zukunft der Arbeit in Industrie ..., Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sollen erarbeitet werden. ...

Zusammenstellung: rst

Zum Thema „Dritter Sektor“

Vorbemerkung: Auf der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation im kommenden Monat wollen wir uns mit dem Thema „Dritter Sektor“ beschäftigen. Anlass dazu ist, dass dieses Thema vor allem in der kommunalen Politik an verschiedenen Ecken und Enden praktisch auftaucht: von der Kinderbetreuung, über Beschäftigungsmöglichkeiten neben dem Arbeitsmarkt bis hin zu großen Teilen des Gesundheits- und Pflegesektors sind neben den staatlichen Akteuren Vereine, genossenschaftliche, kirchliche und sonstige Wohltätigkeitsorganisationen aller Art tätig. Sowohl eine theoretische Beschäftigung damit als auch eine auf Daten basierende Kenntnis darüber fehlt bislang nicht nur bei den linken Parteien, sondern eigentlich quer durch das politische Spektrum. Seit wenigen Jahren beschäftigt sich die „Zivilgesellschaft in Zahlen“ (Ziviz, www.ziviz.info) wissenschaftlich damit, ein beim Stifterverband der Deutschen Wissenschaft angesiedeltes Team, auch die Bertelsmann Stiftung und die Fritz Thyssen Stiftung sind beteiligt. Das Ziviz hat sich vor allem die Sammlung empirischer Daten zum Thema Zivilgesellschaft zur Aufgabe gesetzt. Wir werden auf der Vereinstagung einiges aus den Publikationen des Ziviz vorstellen. Eine Begriffsdefinition aus der im Mai 2011 erschienenen „Landkarte zur Datenlage/ Zivilgesellschaft kann einen Einstieg ins Thema bieten. *Alfred Küstler*

Zu den Begriffen Zivilgesellschaft und Dritter Sektor

Der Begriff der Zivilgesellschaft verweist auf eine lange Begriffsgeschichte mit verschiedenen Konnotationen und Interpretationen. Autoren wie Ulrich Beck bescheinigen ihm einen sehr „vagen und weichen“ Charakter⁵. In ihrer frühen Bedeutung versteht sich Zivilgesellschaft als „Bürgerliche Gesellschaft“. Sie diene als Gegenposition zu hoheitlicher Herrschaftsausübung und formuliert Rollen, Rechte und Pflichten im Verhältnis von Staat und Bürger. Durch die Entstehung der Moderne mit zunehmender gesellschaftlicher Arbeitsteilung bilden sich hochgradig spezialisierte gesellschaftliche Teilbereiche, wie z.B. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, heraus. Auch erfährt die „Zivilgesellschaft“ dadurch eine Veränderung in ihrer gesamtgesellschaftlichen Rolle: war die Idee der Zivilgesellschaft im vormodernen Verständnis noch Handlungsregulativ, wirksam auf lokaler Ebe-

ne, wird „Zivil“-gesellschaft in ihrer modernen Deutung als Charakteristikum von Gesellschaften verstanden. Die Zivilgesellschaft konstituiert sich zunehmend als eigenständiges Handlungsfeld (am konkretesten wohl im Begriff des Dritten Sektors expliziert) mit eigener auf Gemeinwohl ausgerichteter Handlungs- und Organisationsweise.

Klassiker der Zivilgesellschaftsdebatte⁶ weisen diesem gesellschaftlichen Teilbereich unterschiedliche Funktionen zu. So versteht Adam Smith die Zivilgesellschaft als Set von individuellen Bindungen, durch welche Handel ermöglicht wird. John Locke und Alexis de Tocqueville deuten Zivilgesellschaft eher gesellschaftspolitisch und heben die basisdemokratische Bedeutung von staatsfernen Vereinigungen hervor. Friedrich Hegel rückt Zivilgesellschaft sehr nahe und im positiven Wechselspiel an den Staat; beide bedingen sich gegenseitig und müssen ausbalanciert werden. Hegel bestimmt dieses Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft nicht zu Unrecht als miteinander verbunden; werden die historischen Entwicklungen in Betracht gezogen, trifft dies auf die Herausbildung der deutschen Zivilgesellschaft stark zu. Blickt man in die deutsche Gesellschaftsgeschichte zurück, sieht man bis zur Reichsgründung 1871 ein Konglomerat von über 300 einzelnen Königreichen, Herzogtümern und kleineren Herrschaftsräumen. Gesellschaftliche Modernisierungsimpulse sind fast ausschließlich dem damals starken Adel zuzuschreiben. Modernisierung „von unten“ wurde oftmals abgefangen, restauriert oder politisch bekämpft. Die ersten Elemente einer aufkommenden Zivilgesellschaft finden sich im 18. Jahrhundert, unter Führung eines Staatsapparates, der nahezu exklusiv unter aristokratischer Kontrolle stand. Das Bürgertum hatte damals kaum politische Teilhabe. In der Folge formierte sich ein staatsnaher, oftmals kirchen- und vereinsbasierter Nonprofit-Sektor, der in kooperativer und interaktiver Symbiose neben dem Staat existierte⁷.

Diese historisch gewachsene Arbeitsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist charakteristisch für Deutschland. In der Forschungslandschaft wird für die Beschreibung dieses Sachverhaltes der Begriff des „SUBSIDIARITÄTSPRINZIPIPS“ benutzt⁸. Diesem Subsidiaritätsprinzip folgend, sollen staatliche Aufgaben soweit wie möglich von nachgelagerten kleineren

Einheiten wahrgenommen werden. Der Gesamtstaat soll erst dann eingreifen, wenn die Probleme auf Landes- oder Kommunalebene nicht zu bewältigen sind. Unter dieses Prinzip fallen typischerweise auch Aufgaben des Wohlfahrts- und Sozialbereichs, die zwar verfassungsrechtlich dem Verantwortungsbereich des Staates zugeordnet werden, deren Erbringung jedoch von lokalen und meist zivilgesellschaftlichen Akteuren stellvertretend vollzogen wird. So ist bis heute der deutsche Sozialstaat in seinen Grundfesten von Akteuren der Zivilgesellschaft geprägt: den sechs großen Trägern der freien Wohlfahrtspflege⁹.

Die damalige gesellschaftliche Situation stellt den Ausgangspunkt eines Entwicklungspfades dar, der die Gestalt des deutschen Nonprofit-Sektors bis heute prägt. Seit der Renaissance des Zivilgesellschaftsbegriffes als neoliberalen und bürgerschaftlich organisierte Antwort auf die Krise des Sozialstaates, erlebt die Zivilgesellschaft als Komponente des aktivierenden Wohlfahrtsstaates Eingang in die politische, öffentliche und akademische Debatte und wird künftig noch größeres Gewicht erhalten. Der vielfach beschworene „Dritte Weg“¹⁰ illustriert dies. [...]

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich in den letzten beiden Dekaden eine konkurrierende Begriffsvielfalt um das Konzept Zivilgesellschaft ausdifferenziert hat, die sich unter einer Vielzahl gängiger Termini ihren Weg durch Wissenschaft, Politik und Praxis bahnt. Seit ihrer Einführung in wissenschaftliche, politische und öffentliche Diskurse erfährt die Zivilgesellschaft einen Prozess der Aus- bzw. Abblendung bestimmter Aspekte: mal bürgerliche Rechte und politische Meinungs- und Interessensartikulation, mal ökonomische Bedeutung nicht-profitorientierter Organisationen, mal gesellschaftlich integrierende Momente sozialer Beiträge.

Trotz aller bisherigen Anstrengungen, oder aber genau deshalb, ist festzustellen, dass konzeptionelle Grundlagen, Definitionen und Begriffsbestimmungen im Feld der Zivilgesellschaftsforschung bislang wenig konsolidiert sind. [...]

Jedoch wäre es falsch und überspitzt zu sagen, dass trotz aller Diskussionen um Zivilgesellschaft, Nonprofit-Organisationen und Bürgerschaftliches Engagement bislang nichts erreicht worden wäre. Was jedoch aus akademischer Perspektive fehlt, sind aktuelle Grundlagendaten anhand derer ein kreatives Spannungsverhältnis

zwischen Theorie, Empirie und Methoden hergestellt werden kann. Die Vorteile dieser Entwicklung strahlen von der akademischen Erforschung in die Praxisfelder ab: mit besseren Theorien, Konzepten und empirischen Befunden sind konkretere und hochwertigere Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche Akteure und Politik möglich. Dieser Weg muss gegangen werden, damit nicht nur Zivilgesellschaft als politisches Thema belegbar, sondern auch als akademisches Forschungsfeld nachhaltig und qualitativ hochwertig erhalten bleibt.

Das wohl populärste Zivilgesellschaftsverständnis der Moderne lässt sich am ehesten in den Definitionen von Keane verdichten, der die Zivilgesellschaft als „a complex and dynamic ensemble of legally protected nongovernmental institutions [versteht, N.S.] that tend to be non-violent, self-organizing, self-reflexive, and permanently in tension with each other and with the state institutions that 'frame', constrict and enable their activities“ (Keane 1998¹¹). Diesem Tenor folgend definieren Anheier et al. die Zivilgesellschaft als a „sphere of ideas, values, institutions, organizations, networks, and individuals, located between the family, state and market“ (Anheier et al. 2001¹²), also die die Summe der Institutionen, Organisationen und Individuen zwischen Familie, Staat und Markt, in welcher Menschen sich freiwillig zusammenschließen um gemeinsame Interessen zu fördern. Innerhalb dieses gesellschaftlichen Teilbereiches formieren sich Organisationen, die allgemein als gemeinwohlorientiert, nicht-profitorientiert oder drittsektoral bezeichnet werden. Als Träger sozialer Investitionen stellen sie die organisierte Infrastruktur der Zivilgesellschaft dar. Zur Beschreibung dieses Phänomen bietet die Zivilgesellschafts- und Dritte-Sektor-Literatur ein ganzes Bündel an mittlerweile geläufigen Begriffen an. Obwohl die Definitionen die Summe der Zivilgesellschaftsorganisationen zu erfassen versuchen, betonen sie jedoch durch vorangestellte Attribute, wie bspw. philanthropisch oder freiwillig, unterschiedliche Details:

- **Philanthropischer Sektor:** bezieht sich auf die Nutzung persönlichen Vermögens und Kenntnissen zum Wohle spezifischer gemeinwohlorientierter Zwecke. Diese können auch durch den Bezug auf persönliche Ziele ergänzt sein.
- **Wohlfahrt/Wohlfahrtssektor/Charity:** betont die Unterstützung, die diese Organisationen von privaten Akteuren in Form von wohlthätigen Spenden empfangen, wobei diese Beiträge nicht die einzige Einkommensquelle darstellen. Spender wie auch Empfänger besitzen bestimmte Motivationen.

- **Unabhängiger Sektor:** akzentuiert die bedeutende Rolle, die diese Organisationen als „dritte Kraft“ neben Staat (politische Macht) und Markt (Profitmotiv) einnehmen. Sie sind jedoch weit davon entfernt, finanziell und politisch unabhängig zu sein, da sie, ökonomisch gesprochen, zu großen Teilen von Staat und Markt finanziert werden.

- **Freiwilliger Sektor:** verdeutlicht den signifikanten Aufwand, der durch ehrenamtlich Tätige in das Management und den Betrieb des Sektors eingebracht wird. Jedoch wird ein Großteil der Aktivitäten dieser Organisationen in vielen Ländern nicht von Freiwilligen, sondern von bezahlten Arbeitskräften durchgeführt.

- **Steuerbegünstigter Sektor:** hebt die Tatsache hervor, dass Organisationen dieses Sektors in vielen Ländern steuerrechtliche Vergünstigungen oder Befreiungen erhalten. Die Bezeichnung wirft die Frage auf, welche Eigenschaften Organisationen als „steuerbegünstigt“ qualifizieren. Gerade im internationalen Vergleich und dem damit notwendigen Rekurs auf unterschiedliche Rechtssysteme und -traditionen fällt eine globale Antwort schwer. Hieran schließt auch der Verständnis des gemeinwohlorientierten Sektors an, welches sich im deutschen Fall am steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsstatus orientiert.

- **NGO (nongovernmental organization)** ist eine gebräuchliche Bezeichnung, die im deutschen Alltagsverständnis nur einen Teilbereich des Sektors erfasst – nämlich diejenigen international agierenden Organisationen, deren Anliegen vornehmlich in der ökonomischen und sozialen Entwicklungszusammenarbeit sowie Interessensvertretung liegen. In einigen Ländern (bspw. Israel) wird der Begriff NGO in direkter Abgrenzung zum Staat verstanden, wodurch sich eine hohe Überschneidung mit dem Konzept der Nonprofit-Organisationen ergibt.

- **Économie sociale, social enterprise und public benefit corporation** werden verwendet, um das breite Spektrum der nichtstaatlichen Organisationen in Frankreich und Belgien, und im zunehmenden Maße die Institutionen in der Europäischen Gemeinschaft, zu bezeichnen. Jedoch umfasst dieser Begriffe eine Vielzahl von wirtschaftlichen Organisationen¹³, die in den meisten Ländern dem Zweiten Sektor (Markt) zugeordnet werden.

- Das von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der UN und den meisten anderen internationalen Statistiken verwendeten Begriffspaar Nonprofit-Organisation/Nonprofit-Sektor erweist sich ebenfalls als nicht unproblematisch. Diese Bezeichnung unterstreicht die Tatsache, dass die erfassten Organisationen nicht auf Profitmaximierung und -ausschüttung

abzielen. Derweilen ist es aber möglich, dass diese Organisationen Profit erzeugen, wenn das Einkommen höher ist als die aufgewendeten Ausgaben. Ebenfalls in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verankert ist der Begriff des Dritten Sektors, gedacht als Sektor jenseits von Staat und Unternehmen.

[...] Beispiele von Organisationen, die solche Funktionen im Rahmen der Arbeitsdefinition erfüllen, umfassen:

- Gewerkschaften, Berufs- und Arbeitgeberverbände
- Glaubens- und Religionsgemeinschaften
- Interessensvertretungen, die Menschen- und Bürgerrechte fördern, oder das soziale oder politische Interesse der Allgemeinheit oder spezifischer Gruppen
- Kunst und Kulturorganisationen, inklusive Museen, Orchester, Theaterensembles
- Nichtregierungsorganisationen (NGOs), welche wirtschaftliche Entwicklung oder Armutsbeseitigung betreiben
- Nonprofit-Dienstleister, wie Krankenhäuser, Altenheime, Bildungsinstitutionen, Umweltgruppen, Sozialdienste
- Politische Parteien
- Sozialvereine (z.B. Jugendherbergen oder auch Rotarier) mit Dienstleistungen oder Freizeitmöglichkeiten für einzelnen Mitglieder oder Gebiete
- Sportvereine
- Stiftungen, d.h. Organisationen, die Vermögen ausschütten um spezifische Programme oder Aktivitäten zu ermöglichen

Typischerweise firmieren diese Organisation als Vereine, Verbände, Stiftungen und Organisationen mit steuerrechtlichem Gemeinnützigkeitsstatus (z.B. gGmbH, gAG, geG).

(Nummerierung der Fußnoten wie im Original)
5 Beck, Ulrich (2001): Zivilgesellschaft light? In: Süddeutsche Zeitung, 23/24.Juni, S. 15.

6 Überblick z.B. bei Schade, J. (2002): „Zivilgesellschaft – eine vielschichtige Debatte“. INEF-Report Heft 59/2002, Duisburg.

7 Anheier, H.K.; Seibel, W. (2001): The Nonprofit Sector in Germany: Between State, Economy and Society. New York: Palgrave.

8 Saßche 1994 Subsidiarität: Zur Karriere eines sozialpolitischen Ordnungsbegriffs. In: Zeitschrift für Sozialreform, 40. Jg.: 717ff.

9 Diese sind: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Paritätischer Wohlfahrtsverband, sowie Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

10 Blair, Tony; Schröder, Gerhard (1999): Europe: The Third Way – die neue Mitte“. London: Labour Party und SPD.

11 Keane, J. (1998): Civil Society. Old Images, New Visions. Cambridge, Polity Press.

12 Anheier, H.K.; Glasius, M.; Kaldor, M. (Hrsg.): Global Civil Society. New York und Oxford: Oxford University Press.

13 Wie z.B. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Sparkassen, Kooperativen und landwirtschaftliche Marktorganisationen.

Leider immer wieder aufs Neue: Antisemitismus im Fußball

Immerhin um die 40 Personen kamen bei klirrender Kälte am 6.2. in das gar nicht so zentral gelegene, aber sehr schöne Vereinsheim des TSV Maccabi München in München-Riem. Eingeladen hatten die Löwen-Fans gegen Rechts, der TSV Maccabi München, der Kurt-Eisner-Verein sowie „Nie Wieder“ – eine Initiative für einen Erinnerungstag im deutschen Fußball zum Thema „Zwischen Abgrund und Aufbruch – wie antisemitische Vorfälle im Fußball ein Ventil finden und wie man ihnen begegnen sollte.“ Referent war Ronny Blaschke, ein engagierter Sportjournalist, der bereits eine Reihe von Büchern zu rechtsextremistischen Einflüssen im Stadion im für seine kritische Fußballberichterstattung bekannten Werkstatt-Verlag veröffentlicht hat. Blaschke betonte dann auch, dass er in den letzten Jahren viele Veranstaltungen zu diesem Thema gehalten hatte, wobei die wenigsten Antisemitismus auf dem Schirm gehabt hätten. Rechtsextreme Ausfälle hätten sich eher in rassistischen oder homophoben Äußerungen gezeigt, während man Antisemitismus im Stadion eher als ein Phänomen der 80er Jahre und somit als abgehakt betrachtet habe. Dabei habe aber u.a. die Studie „Fragile Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung immer wieder gezeigt, dass sich antisemitische Ressentiments in der Gesellschaft auf einem durchaus erheblichem Maß halten konnten. Wieder in den Mittelpunkt gerückt sei das Thema dann vor allem durch mehrere Geschehnisse während des neuen Gaza-Krieges im Sommer vergangenen Jahres in Gestalt einer, zumindest nach Blaschke, relativ neuen Variante des Antisemitismus, nämlich des israelbezogenen Judenhasse. So wurde während des Gaza-Krieges ein Freundschaftsspiel zwischen Maccabi Haifa und dem OSC Lille in Österreich von Jugendlichen gestürmt, die Spieler mit brachialer Gewalt angegriffen und das Spiel zum Abbruch gebracht. In diesem Fall handelte es sich nicht um Rechtsextreme, sondern um Jugendliche mit arabischem Hintergrund. Generell werde diese „neue“ Variante eher in muslimischen Kreisen verortet.

Blaschke wies aber darauf hin, dass weiterhin 80 % aller antisemitischen Straftaten, die im Sommerquartal 2014, eindeutig keinen muslimischen Hintergrund hatten, wobei sich die Zahl dieser Straftaten während dieser Zeit, die eng mit dem Gaza-Krieg zusammenfiel, im Vergleich zum Vorquartal verdoppelt habe. Auch in den Stadien sei zu beobachten gewesen, dass sich vor allem Neonazis den Trend zu Nutze gemacht hätten. So sei in Dortmund die Parole

„Nie wieder Israel“ zu hören gewesen.

Blaschke betonte, dass der Antisemitismus jedoch mitnichten eine neue Erscheinung in den Stadien ist, sondern analog zum gesellschaftlichen Antisemitismus in Wellenbewegungen verlaufen sei, und wie man am Gaza-Krieg und dessen oben beschriebener Spiegelung sieht, weiter verläuft. Der Begriff Jude galt und gilt in deutschen Stadien traditionsgemäß als Beschimpfung. Auch in der DDR wurde der von den Herrschenden massiv unterstützte Verein BFC Dynamo Berlin regelmäßig als „Juden Berlin“ verhöhnt. Nach der Wende sei vor allem Tennis Borussia Berlin ins Schussfeld geraten. Dieser Club war wesentlich von jüdischen Studenten gegründet worden und hatte geraume Zeit den bekannten Moderator Hans Rosenthal als Präsidenten. Während Dynamo in der Versenkung verschwand, schaffte TeBe in den 90er Jahren zwischenzeitlich den Aufstieg in die zweite Bundesliga. In jüngster Zeit war bei einem Spiel zwischen Eintracht Frankfurt und Dresden seitens der Dynamo-Fans fast eine Halbzeit lang durchgängig „Juden Frankfurt“ gesungen worden. In diesen Vorfällen deute sich aber auch eine Besonderheit des Antisemitismus gegenüber anderen Diskriminierungsformen an: Während insbesondere im Rassismus die Unterlegenheit des Diskriminierten betont würde, beruhe der Antisemitismus zumindest in einigen Spielarten auf einer vermeintlichen Überlegenheit des Judentums, das durch dunkle Machenschaften die Welt beherrsche. Allerdings sei zu beachten, dass Antisemitismus nur in seltenen Fällen isoliert vorkomme. Er gehe meist mit rassistischen, homophoben und sexistischen Einstellungen einher.

Blaschke vermutete zudem, dass das sog. „U-Bahnlied“ wohl allen im Saal bekannt sei. Seit den 80ern wird in diesem Lied eine U-Bahn vom Ort des gegnerischen Vereins nach Auschwitz gebaut. Niemand widersprach. Das Lied zeige, dass stärker als in anderen Bereichen der Gesellschaft der Holocaust kein Tabu sei. Vielmehr müsse man sich bewusst machen sich im Rahmen einer stark emotionsgeladenen und auch weiterhin sehr männerdominierten Atmosphäre zu bewegen. Dies gelte auch für den Amateurfußball, bei dem insbesondere die 37 Ortsvereine des Maccabi-Dachverbandes immer wieder Anfeindungen ausgesetzt seien. Erfreulich sei allerdings die Entwicklung des Verbandes, der mittlerweile 4000 Mitglieder zähle. Zu Gast waren Sportler aus Augsburg, die dort an der Gründung des 38. Ortsvereins arbeiten.



Generell sei zu beobachten, dass sich in den Kurven und auch auf offizieller Seite einiges tue. Blaschke hob hier auch die Vorreiterrolle der Löwenfans gegen Rechts hervor, die bereits seit Anfang der 90er Jahre aktiv sind. Aber gerade auch die „Schickeria“, der einflussreichste Bayern-Ultra-Verband, habe mit ihrem Engagement zur Erinnerung an den langjährigen Bayernpräsidenten Kurt Landauer viel bewirkt. Der DFB, der das Thema lange Zeit überhaupt nicht beachtet habe, zeige mit verschiedenen in Auftrag gegebenen Studien, einem regelmäßigen Austausch der Jugendnationalmannschaften mit Israel und der Einführung des Julius-Hirsch-Preises, der an einen von lediglich zwei jüdischen Nationalspielern in der Historie des DFB erinnert, viel Bemühen. Einig war sich Blaschke mit dem Publikum, dass insbesondere der ehemalige DFB-Präsident Theo Zwanziger hierfür eine wichtige Rolle gespielt hat. Mittlerweile gehöre es bei einigen Fangruppierungen zum festen Programm, bei Auswärtsfahrten Gedenkstätten in der Umgebung zu besuchen und eigene Erinnerungsveranstaltungen zu organisieren. Allerdings warf Blaschke auch einen kritischen Blick auf das rein historische Gedenken und warf in Anlehnung an Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung, die von der deutschen „Sündergemeinschaft“ gesprochen hatte, die Frage auf, ob dieses Gedenken nach 70 Jahren nicht auch etwas sehr Wohlfeiles habe. Das Dilemma, dass es wichtig bleibt, die Erinnerung aufrecht zu halten, obwohl das Unbehagen an einer immer symbolischeren Politik wächst, wird wohl tatsächlich die antifaschistische Diskussion der nächsten Jahre begleiten müssen, hätte das Thema dieses Abends jedoch wohl gesprengt. Für den informativen Abend (und natürlich das sehr gute Buffet) sei Ronny Blaschke und insbesondere den Löwenfans gegen Rechts und dem TSV Maccabi herzlich gedankt.

Johannes Kakoures

Aufruf zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2015 • Hamburg: „Linke Opposition für soziale Gerechtigkeit“ • Satzungsänderung bei den Sudetendeutschen • Rot-Rot-Grün seit 100 Tagen auf Erfolgskurs • Wer ist evangelisch? Eine Studie der Landeskirchen Württemberg und Baden

Griechenland: Memorandumpolitik gescheitert 4

Friedensverhandlungen und bevorstehende

Parlamentswahlen in der Türkei 6

Auslandsnachrichten 8

Benetton: Entschädigung der Rana Plaza-Opfer • Türkei: Protest gegen Entlassungen im Krankenhaus • West-Ukraine: Proteste der Bergleute eskalieren • Mauretanien: Streik der Erzarbeiter • Gabun: Entlassungen in der Holzwirtschaft • Malediven: „Schande über She-raton“ • Indien: Höherer Mindestlohn für Plantagenbeschäftigte • USA: Mehr Lohn für Wal-Mart-Personal • USA: Ölarbeiterstreik und Kampf um Gesundheit • Kolumbien: Festanstellungen für Zuckerrohrarbeiter/innen

Aktionen ... Initiativen 10

50 000 Menschen fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP • 18.3.2015: Aktionen gegen die Eröffnungsfeier der Europäischen Zentralbank • Studie zur Kinderarmut: Paritätischer fordert Maßnahmenpaket • Hugo Boss: Teure Anzüge zu Armutslohnen • Ostermarsch Rhein Ruhr 2015: Kriege stoppen – Atomwaffen ächten – zivile Lösungen schaffen

Gängeviertel: Es geht ums Ganze! 12

Wohngeld: Kommunen müssen Druck machen! 13

Eine Lösung für die E-Scooter muss gefunden werden! 13

CarSharing – ein Weg, Verkehrsflächen für andere Nutzungen zu gewinnen? 14

Brauchen wir SuedLink? 15

Kommunale Politik 16

Arbeitsüberlastung im Jobcenter verzögert Hartz-IV-Leistungen: Hamburg • Stromsperrern sind an der Tagesordnung: Norderstedt • Einwohnerschwund verhindern: Bitterfeld-Wolfen. • Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt. Halle (Saale) • Freie Fahrt für Flüchtlinge und Geringverdiener! Stuttgart • Container und Turnhallen sind tabu: Lübeck • Oberbürgermeister: Unterbringung und Integration stärker unterstützen. Magdeburg • Keine Rosinenpickerei der Telekom beim Breitbandausbau erlauben: Berlin • Null Toleranz bei Übergriffen auf Flüchtlingen und gegen Einschüchterung von Politikern: Berlin

Nachts im Krankenhaus 18

Amazon: Der Kampf geht weiter ... 19

IG Metall: Mehr für alle 20

Wirtschaftspresse 20

Zum Thema „Dritter Sektor“ 21

Leider immer wieder aufs Neue: Antisemitismus im Fußball 23

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 11. und 12. April 2015 in Mannheim

Samstag, 11. April

13 Uhr Einlass, Registrierung
13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorische
13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte, Wahlen zum Vorstand, Haushaltsbericht 2014 und Haushaltsbeschluss 2015 bis 15 Uhr Kaffeepause
15–18 Uhr öffentliche Veranstaltung zum Thema:

„Dritter Sektor“ (Nicht-Markt, Nicht-Staat, Nicht-Familie) und linke Konzepte hierfür

Siehe hierzu Seite 21 und 22 dieser Ausgabe.

Sonntag, 12. April

9–12 Uhr (in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung der Linken) öffentliche Veranstaltung zum Thema:

Vernünftiger Pluralismus und totalitäre Abwege

Georg Wilhelm Friedrich Hegel hat in seinen „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ die These entfaltet, daß für den Staat die Religion das „Tiefste der Gesinnung integrierende Moment“ sei. Deshalb, so Hegel weiter, habe der Staat sogar das Recht, von allen Staatsbürgern die aktive Teilnahme an „einer Kirchengemeinde“ zu fordern, und er sagt dabei sogar „an irgendeiner“. Denn auf den Inhalt des Glaubens selbst, „insofern er sich auf das Innere der Vorstellung bezieht, kann sich der Staat nicht einlassen“.

Sicher ist daran richtig: Bürgerinnen und Bürgern einer Gesellschaft brauchen für die Gestaltung ihrer persönlichen Lebenswege gemeinschaftsstiftende Konzeptionen. Religiöse und sakralisierte politische Glaubensinhalte drängen sich hier auf. Aber für die Organisation gesellschaftlicher Beziehungen, für die Sphäre von politischem, rechtlich geordnetem Handeln bilden sich andere Formen heraus, zum Beispiel der Vertrag.

Nur: Die Symbolik religiöser bzw. weltanschaulich gebundener Sprache ist extrem offen für alle möglichen Interpretationen. Hierin liegt ihre ungebrochene Anziehungskraft, aber

auch die extreme Ambivalenz von allem Glaubensbewußtsein und allen Glaubensinhalten. Demokratie ist hier selten die erste Wahl. Ohne eine politisch verfaßte Gesellschaft, die das Nebeneinander verschiedener und sich widersprechender Bekenntnisse respektiert, gibt es immer nur die Vernichtung der anderen Seite als Ziel. Das, was man selber für das „Gute“ hält, ist dann auch das einzig „Wahre“ und wird zur rechtlich zwingenden Norm für alle. Wir kennen genügend grauenhaft fehlgeschlagene Staatsbildungen der Moderne, die auf solchen Grundlagen und Inhalten einseitig errichtet wurden. Zugleich wissen wir, daß eine Gesellschaft sich immer wieder mit ihren Bekenntnisinhalten und Normen auseinandersetzen muss.

In drei in Thesenform vorgetragenen Referaten wollen wir uns der Thematik nähern und in der jeweils anschließenden Diskussion unsere Positionen überprüfen:

- IS, NS usw., die Politik als Religion, Führerkult und Staatsvergottung (*Martin Fochler*)
- Typen des Fundamentalismus im christlichen Kulturkreis: ihre Formen, ihr Entstehen, ihr Scheitern (*Karl-Helmut Lechner*)
- Die Wende zum Demokratischen Sozialismus: Was schützt vor Totalitarismus? Beispiel Thüringen: Hilft dabei die Rechts-/Unrechtsstaat-Debatte? (*Frank Kuschel, Die Linke Thüringen*)

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof (wenige Minuten zu Fuß). Kommunikationsdaten der Jugendherberge Mannheim, Rheinpromenade 21, 68163 Mannheim, T 0621 822718, info@jugendherberge-mannheim.de; www.jugendherberge-mannheim.de.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 16. April 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 10 April.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

16. April, 14. Mai, 11. Juni, 9. Juli, 6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.